

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abtattung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungstermin für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den 14. April 1931

Leitung
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Titulescu oder - - ?

Wirtschafts- und Regierungskrise in Rumänien.

SPD. Im November vergangenen Jahres, als die Regierung Mironescu in Bukarest kaum ein paar Wochen in Amt und Würden war, sah, wie die Londoner "Times" feststellte, die öffentliche Meinung in Rumänien in diesem Kabinett nur ein kurzlebiges Provisorium und erwartete, dass im Frühjahr der König versuchen werde, eine ausserparteiliche Regierung unter Führung Titulescus zu bilden. Die öffentliche Meinung hat zu hundert Teilen Recht behalten. Der Frühling kam und mit ihm am Sonnabend vor Ostern der Sturz Mironescus und danach der Appell König Carols an Titulescu, ein "Kabinett der nationalen Konzentration" zusammenzustellen.

Freilich erregt die Ministerkrise die Gemüter in Rumänien vorderhand bei weitem nicht in dem Masse wie die Wirtschaftskrise, von der jene fast nur eine Begleiterscheinung ist. Die ökonomischen Grundlagen des Landes sind auf das Schwerste erschüttert, teils durch die Schuld der früheren liberalen Regierungen, die, um selber mit dem Löffel tief in den Brei fahren zu können, die so notwendige Befruchtung der einheimischen Wirtschaft durch fremde Kapitalien ablehnten, teils als Folge der Weltkrise und im besonderen der südosteuropäischen Agrarkrise, die den rumänischen Bauern vor allen andern trifft. Die Verschuldung der Landwirtschaft wird schon heute auf 40 Milliarden Lei beziffert, und diese Summe steigt Jahr für Jahr fast um ein Fünftel, da der Landmann wegen des stokkenden Absatzes seiner Erzeugnisse über keine Mittel verfügt, die wucherisch hohen Zinsen - meist 25 % - zu zahlen. Die Agrarkrise aber wirkt, weil Rumänien ein ganz überwiegend bäuerliches Land ist, unheilvoll auf die anderen Wirtschaftszweige zurück; hat der Bauer kein Geld, fehlt es der ganzen Welt; Handel und Gewerbe schleppen sich von Bankerott zu Bankerott, und die in der Zeit der liberalen Herrlichkeit künstlich grossgepöpelte Industrie befindet sich in vollem Verfall. Hunderttausende von Arbeitslosen sind dem Hunger ausgeliefert.

Vor dieses brennende Problem der Arbeitslosigkeit gestellt, hat die Regierung Mironescu kläglich versagt, wie sie auch sonst in Wirtschaftsfragen der glücklichen Hand entbehrte. Zwar gelang es ihr, kurz vor Torschluss noch eine Auslandsanleihe von 8 Milliarden Lei in Paris unter Dach und Fach zu bringen, aber davon fließt kaum mehr als die Hälfte Rumänien zu, während 3,8 Milliarden zur Deckung alter Verbindlichkeiten gleich in Frankreich bleiben. Auch die sonstigen Bedingungen der Anleihe sind ungünstig und drückend; die sozialdemokratische Fraktion, die im Prinzip keineswegs die Notwendigkeit einer erheblichen Auslandsanleihe bestreitet, erklärte von ihr in der Kammer, "dass sie, weit entfernt, eine wirkliche und dauernde Erleichterung des Wirtschaftslebens zu bringen, in beträchtlicher Weise und für geraume Zeit die schweren Lasten des Staates und damit der Steuerzahler steigern wird" und "dass sie den Zustand der Hörigkeit dem ausländischen Kapital gegenüber, in dem das Land ist, besiegeln wird".

Ueberhaupt hat selten eine politische Partei ihre Volkstümmlichkeit so-

rasch und gründlich verplempert wie die Nationalzaranisten. Welcher Jubel, welche Hoffnungen, welche Erwartungen, als diese bäuerliche Partei mit der Regierung Maniu vor mehr als zwei Jahren zur Herrschaft kam, welche Vorschusslorbeeren, welche Erfolgstrunkenheit, welche Zukunftsgewissheit, als sie, zum ersten Mal in der Geschichte Rumäniens, völlig "reine" Wahlen ohne Terror und Korruption durchführte und sich ihr Mandat von den Volksmassen bestätigen liess: Einen kräftigen Anlauf zur Demokratisierung Rumäniens nahm das Kabinett Maniu auch, aber teils, weil auf dem Lande das Sündenerbe der Liberalen noch schwer lastete, teils, weil sich innerhalb der Partei böse Zwistigkeiten erhoben, teils, weil die Ausübung der Macht auch auf die Nationalzaranisten verfälschend und verdummend wirkte, blieb das grosse historische Werk in den Anfängen stecken; und heute - du lieber Himmel! - unterscheidet sich die so stürmisch begrüßte Retterin von eben kaum noch von den schädigen alten Parteien, wie sie nur je das Land geknebelt und ausgeplündert haben. Zwei Beispiele: während der Siguraza oder politischen Polizei, verhasst im Volke wegen ihrer Unterdrückungs- und Foltermethoden, im Anfang von Maniu die Klauen gestutzt wurden, ist sie heute schon wieder so oben auf, dass sie bei ihrem Lieblingssport, der Kommunistenhetze, nicht vor bestialischen Misshandlungen Verhafteter zurückschreckt. Und während die Nationalzaranisten in der Opposition forsch für den Mieter gegen den Hausbesitzer eintraten, beschlossen unlängst die Nationalzaranisten in der Regierung, sehr zur Freude der Hausbesitzer, Hals über Kopf den Abbau des Mieterschutzes.

Die erst so kühn das gesamte öffentliche Leben Rumäniens umgestalten wollten, scheinen denn fast den Glauben an sich selber verloren zu haben: wenn bei der Rückkehr Carols II. im Juni vorigen Jahres Maniu den Wunsch des Königs nach Bildung eines Konzentrationskabinetts noch abzubiegen vermochte und mit Mironescu die Bauernpartei am Ruder blieb, erweist sich jetzt die Krone als der stärkere Faktor. Ihrem Vertrauensmann, dem ausserparteilichen Titulescu, haben sich für ein "Kabinett der nationalen Konzentration" alle bürgerlichen Parteien zur Verfügung gestellt, vielleicht, weil sie wirklich einsehen, dass die katastrophale Wirtschaftslage die Zusammenraffung aller Kräfte heischt, vielleicht auch nur, weil in dieser Not keine allein die schwere Verantwortung tragen möchte.

Verstösst aber schon die Zusammenstellung einer neuen Regierung während der Vertagung des Parlaments gegen die parlamentarischen Grundsätze, so flösst die Sinnesart des jungen, ehrgeizigen Königs erst recht Misstrauen ein. Er strebt nach Erweiterung seiner Macht oder nach einem persönlichen Regime schlechthin; er verlässt sich dabei auf das Heer und auf das Ansehen, das die Dynastie in weiten Volksschichten namentlich des Altreichs noch genießt. Kommt das von ihm gewünschte Konzentrationskabinett zustande, so bedeutet es eine Erweiterung der Königsmacht, denn bei drei oder vier Parteien in der Regierung kann die Krone, die einen gegen die andern ausspielend, leichter ihren Einfluss geltend machen als bei einer einzigen regierenden Partei mit unbedingt sicherer Kammermehrheit. Scheitert aber die Kabinettsbildung in dieser Form, so gilt Titulescu auch als der Mann, eine "Regierung der Persönlichkeiten" aus der Taufe zu heben; Zeitungsausdrägern hat er schon erklärt: Mit dem Parlament, wenn es geht, ohne das Parlament, falls es nottut! Unabhängig vom Parlament und ohne Bindung an Parteien wäre eine solche "Regierung der Persönlichkeiten" das persönliche Regiment, die kaum verschleierte Diktatur, Vorspiel dessen, was Carol in Jugoslawien vor Augen hat.

Aber nur ein vollendeter Narr traut der Diktatur die Zauberkräfte zu, Rumänien über seine täglich wachsenden Schwierigkeiten hinwegzubringen.

Hermann Wendel.

SPD. Der "Völkische Beobachter" bringt in grosser Aufmachung einen "Aufruf zur Bildung eines Sozialistischen Reichskampfbundes" gegen den Faschismus, der von einem Walter Müller-Breslau ausgeht. Der Aufruf ist schon im Oktober 1930 erschienen. Die darin empfohlene Sonderbündelei ist von der Sozialdemokratischen Partei damals bereits energisch zurückgewiesen und Walter Müller-Breslau am 20. November 1930 aus der Partei ausgeschlossen worden, was in der ganzen Parteipresse mitgeteilt wurde. Das Naziorgan ist also auf recht "olle Kamellen", die es als funkelneue Enthüllungen ausgibt, hereingefallen. Wir kondolieren.

SPD. Madrid, 14. April (Eig. Drahtb.)
(6 Uhr abends)

König Alfons von Spanien hat am Dienstag auf den Thron verzichtet und eine entsprechende Erklärung unterzeichnet. Der Verzicht wurde zugleich im Namen der gesamten Königsfamilie ausgesprochen. Er erfolgte unter der Zusage eines ehrenvollen Geleits bis zur Grenze und der Zusicherung, dass die königliche Familie ihr Privatvermögen liquidieren kann.

Dem Thronverzicht gingen zahlreiche Besprechungen des Königs mit führenden Persönlichkeiten voraus. Am Dienstag-Vormittag hatte der König eine Unterredung mit Ministerpräsident Aznar, in deren Verlauf Aznar nicht, wie allgemein erwartet wurde, die Demission des Kabinetts unterbreitete, sondern dem König empfahl, zunächst die Führer der Konstitutionalisten, d.h. der für eine verfassungsgebende Nationalversammlung eintretenden Elemente, um ihren Rat zu fragen. Anschliessend empfing König Alfons die Mitglieder des Kabinetts und zwar jeweils zwei Minister allein. Als sie später das königliche Palais verliessen, beschränkten sie sich auf die Erklärung, dass sie dem König ihre persönliche Ansicht über die Lage auseinandergesetzt hätten. Am Nachmittag liess der König die Führer der Konstitutionalisten Bergamin, Villanueva und Sanchez Guerra zu sich bitten. Sie sollen dem König erklärt haben, dass sie die Regierung nicht übernehmen könnten. Daraufhin soll König Alfons, der bis dahin immer noch gehofft hatte, durch Errichtung einer verfassungsmässigen Monarchie den Thron zu retten, den Entschluss zur Abdankung gefasst haben. Nicht zuletzt haben Nachrichten aus der Provinz, nach denen in Barcelona, Saragossa, Cordoba, San Sebastian, Huelva, Vigo, Leon und vielen anderen kleineren Städten bereits die Republik ausgerufen worden ist, zu dem Entschluss des Königs beigetragen.

SPD. Der Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratie, Otto Wels, hat am Dienstag an die Sozialistische Partei Spaniens folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet: "Deutsche Sozialdemokratie stärkste Trägerin des republikanischen Gedankens in Deutschland beglückwünscht herzlichst spanische Sozialisten zu herrlichem Sieg."

SPD. Weimar, 14. April (Eig. Drahtb.)

Die am Dienstag von den Regierungsparteien des Thüringischen Landtages beabsichtigte Ergänzung der Rumpfregierung Baum durch die Wahl von zwei neuen Staatsräten ist gescheitert.

Mit 29 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten wurde der Wahlvorschlag der Regierungsparteien abgelehnt. Dafür stimmten 19 Abgeordnete des Landbunds, der Wirtschaftspartei und der Volkspartei. Daraufhin beantragten die Nationalsozialisten, die immernoch einen grossen Drang nach der Futterkrippe zur Schau tragen, den erst vor wenigen Tagen davongejagten Minister Frick und den nationalsozialistischen Staatsrat Marschler wie-

derzuwählen. Gegen diesen Antrag stimmten 27 Abgeordnete der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Volkspartei. Die Abgeordneten der Wirtschaftspartei und des Landbundes enthielten sich der Stimme, während die Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten für deren Antrag stimmten.

Im Anschluss an diese Abstimmung beantragten die Kommunisten in einer neuen Sitzung ihren Antrag auf Auflösung des Landtages zu beraten. Ehe es zur Abstimmung kam, die zur Ablehnung des kommunistischen Antrages führte, liessen die Nationalsozialisten erklären, dass sie für die Auflösung des Landtages sind. Der Landtag vertagte sich dann. In der Zwischenzeit soll unter der Führung der Volkspartei versucht werden, in interfraktionellen Beratungen eine Verständigung über die Ergänzung der Regierung Baum herbeizuführen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "In Wahlversammlungen und bei anderen Veranstaltungen rechtsstehender Parteien ist des öfteren ein angeblicher Ausspruch des Preussischen Ministerpräsidenten zitiert worden :

"Er sei mit dem russischen Bolschewismus grundsätzlich einverstanden, die Moskauer hätten sich nur im Tempo vergriffen."

Vor kurzem hat nun auch die Monatsschrift "Haus und Schule", Organ des "Deutschen Bundes für christlich-evangelische Erziehung", einen früher in der "Deutschen Zeitung" erschienenen Artikel von Pfarrer Kondert-Neugolz als "sehr beachtenswert" wiedergegeben, indem es ebenfalls so hingestellt wird, als habe der Preussische Ministerpräsident diese Äusserung getan. Aus eigenem hat die Zeitung die Bemerkung hinzugefügt: "Die Zeit der Rede- und Verdrehungskünste ist vorbei, die Zeit der Entscheidung ist gekommen." Der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat gegen diese Zeitschrift, wie nunmehr gleichzeitig auch gegen die "Deutsche Zeitung" Strafantrag gestellt. Er hat sich insbesondere zu diesem Schritt entschlossen, weil ihm die Veröffentlichung in "Haus und Schule" durch die persönliche Einsendung des Herausgebers einer anderen religiösen Zeitschrift bekannt geworden ist. Deren Redakteur, ein evangelischer Prediger, war aber gewissenhaft genug, den Ministerpräsidenten vorher anzufragen, ob er wirklich diese Äusserung getan habe, weil er es seinem Gewissen als Redakteur nicht zumuten könne, kritiklos eine Äusserung abzudrucken, die ihm unglaubwürdig erscheine. Ministerpräsident Dr. Braun hat jenem Prediger sofort brieflich geantwortet, dass er diese angebliche Äusserung niemals getan habe, und dass sie eine jener zahlreichen Agitationslügen sei, die über ihn verbreitet werden.

Es stehen sich hier also das Beispiel einer gewissenhaften und loyalen Redaktionsführung und das einer anderen krass gegenüber, die jede Gelegenheit benutzt, um demagogische Behauptungen zu verbreiten, unbekümmert darum, ob das Behauptete auch zutrifft, und ohne daran zu denken, dass es ein Leichtes wäre, vorher durch eine einfache Erkundigung den richtigen Sachverhalt festzustellen."

SPD. Braunschweig, 14. April (Eig. Dr.)

Die finanzielle und personelle Misswirtschaft des Regimes Franzen beginnt, sich für die Finanzlage des Landes Braunschweig verhängnisvoll auszuwirken.

Die dauernden Zwangspensionierungen und Verabschiedungen republikanischer der jetzigen Regierung nicht genehmer Beamter, hat den Pensionetat des Landes Braunschweig zu der schwindelnden Höhe von sieben Millionen Mark heraufgetrieben. Die Folge ist, dass der Kredit des Landes Braunschweig völlig zerstört wurde. Ohne seine sofortige Wiederherstellung ist die Auszahlung der mit dem Staatshaushaltplan bewilligten Mittel in Frage gestellt worden. Braunschweig

benötigt dringend 10 Millionen Mark zur Deckung der notwendigsten Ausgaben. Die jetzige Regierung kann es aber nicht wagen, eine Anleihe aufzulegen, weil sie genau weiss, dass sie dann ein noch nie dagewesenes Fiasko erleiden würde. Von Wirtschaftskreisen hat sie bereits eine Abfuhr erhalten.

Infolge der unverantwortlichen Politik des Naziministeriums treibt das Land Braunschweig früher oder später einer Finanzkatastrophe entgegen.

SPD. Tokio, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der Kaiser von Japan hat den bisherigen Aussenminister Wakatsuki zum Ministerpräsidenten ernannt. Wakatsuki hat bis auf 2 sämtliche Minister des bisherigen Kabinetts übernommen. Er selbst wird das Aussenministerium beibehalten.

SPD. Amsterdam, 14. April (Eig. Drahtb.)

In einem am Dienstag vom Internationalen Gewerkschaftsbund erlassenen Aufruf zum 1. Mai wird hervorgehoben, dass die wirtschaftlichen Gegensätze des Kapitalismus noch nie so scharf und offenkundig waren wie gegenwärtig und die dem bittersten Elend ausgelieferte Arbeiterklasse daher ihren Kampf für die Demokratie und die Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Forderungen mit noch grösserer Kraft und Zähigkeit als bisher fortsetzen müsse. Die gemeinsamen Forderungen der Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale in ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit seien: Verkürzung der Arbeitszeit, Hochhaltung der Löhne, bezahlter Urlaub, Erweiterung und Ausbau der sozialen Fürsorge und Vermehrung der öffentlichen Arbeiten. Die Angriffe der faschistischen Reaktion machten die Zusammenfassung und Einigung aller Kräfte der Gesamtheit erforderlich. Das Jahr 1931 müsse ein Jahr der Vorbereitung der Geister zugunsten des Friedens und der Abrüstung sein. Die Parole der internationalen Gewerkschaftsbewegung am 1. Mai müsse daher lauten: Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeit und Brot für alle, Aufrechterhaltung und Ausbau der Sozialversicherung, Abrüstung, Frieden.

SPD. Wien, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der Minister für soziale Verwaltung, Dr. Resch, hat dem Bundespräsidenten am Dienstag-Abend sein Rücktrittsgesuch überreicht. Der Bundespräsident wird das Rücktrittsgesuch annehmen.

Die Demission ist offenbar auf den am Montag von dem Arbeiterkammertag gefassten Beschluss gegen die Gesetzentwürfe des Ministers auf Verschlechterung der Sozialversicherung zurückzuführen.

SPD. Frankfurt/M., 14. April (Eig. Dr.)

Die Direktion der I.G. Farbenindustrie in Ludwigshafen veröffentlicht zu den Verhaftungen wegen Werkspionage folgende Verlautbarung :

"Schon seit längerer Zeit ist den zuständigen Behörden bekannt, dass Angehörige der KPD mit Angestellten und Arbeitern grosser Betriebe in verschiedenen Städten Deutschlands unter dem Vorwand der Schaffung günstiger Arbeitsgelegenheiten in Russland in Verbindung traten. Ihre weitere Absicht war aber die, durch sie in den Besitz wertvoller Betriebsgeheimnisse zu kommen. Die durch die Polizei Ludwigshafen sofort gepflogenen Erhebungen führten zunächst zur Verhaftung eines früheren Werkschreibers der I.G. Farbeindustrie Ludwigshafen, namens Hans Schmid. Die bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchungen und

seine Einvernahme ergaben direkt starkes Belastungsmaterial gegen verschiedene kommunistische Führer, mit denen Schmid im umfangreichen Verkehr stand, um ihnen gegen reichliche Zuwendungen wertvolle Betriebsgeheimnisse der I.G.Farbenindustrie preiszugeben. Im Zusammenhang damit konnte Erich Steffen (Berlin) und Karl Dienstbach (Frankfurt am Main) anlässlich einer verabredeten Zusammenkunft mit Schmid in Ludwigshafen am 22. März festgenommen werden. Beide führten einen umfangreichen Schriftwechsel und anderes schriftliche Material mit sich, wodurch sie im Zusammenhang mit den bei einer Hausdurchsuchung vorgefundenen Schriftstücken ebenfalls schwer belastet wurden. Insbesondere geht daraus hervor, dass ihnen Schmid schon reichliche Betriebsgeheimnisse in Form schriftlicher Berichte zugänglich gemacht hatte. Die bisherigen Ermittlungen ergaben nun erheblichen Anhalt dafür, dass es sich um eine über ganz Deutschland verbreitete Spionageorganisation handelt, die dem Zweck dient, Wirtschaftsspionage zu treiben. Als deren Haupt erscheint Erich Steffen, einer der massgebenden Führer der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (R.G.O.). Für Südwestdeutschland bediente er sich dabei der Vermittlung des Karl Dienstbach, der von seiner früheren Tätigkeit im Höchster Werk der I.G.Farbenindustrie Beziehungen zu Chemikern und -angestellten hatte. Steffen verfügte sicherlich auch über Verbindungen mit russischen Stellen in Berlin, was schon daraus erhellt, dass seine Frau als Privatsekretärin bei der russischen Handelsgesellschaft angestellt ist. Inwieweit Steffen die durch seine Mittelsmänner erlangten Berichte und Betriebsgeheimnisse verwertet hat, konnte bisher noch nicht mit genügender Sicherheit aufgeklärt werden.

Die an der Wirtschaftsspionage beteiligten Personen, insbesondere Steffen und Dienstbach, verfügten über reichliche Geldmittel. Der gegen Steffen erlassene Haftbefehl wurde im Haftprüfungsverfahren aufrechterhalten. Am 10. April wurde noch der Sekretär der Kommunistischen Partei der Pfalz, Eugen Herz, festgenommen. Weitere Verhaftungen sind bisher noch nicht erfolgt. Die I.G.Farbenindustrie und verschiedene andere Betriebe haben gegen die an der Straftat beteiligten Personen Strafantrag gestellt und Antrag auf Zulassung als Nebenkläger."

SPD. London, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der "Daily Herald" begrüsst in einem Leitartikel die Errichtung der spanischen Republik. Alfons habe dem 20. Jahrhundert die Idee des 18. Jahrhunderts aufzwingen wollen. Das unvermeidliche Ende eines solchen Unterfangens sei jetzt gekommen. Für die jüngste Republik stünden die Schwierigkeiten aber erst bevor. Die Errichtung des republikanischen Regimes sei erst der Anfang der grossen Umwälzung in Spanien. Nach jahrhundertelanger Unterdrückung nehme jetzt Spanien seinen Platz ein unter den freien und fortschrittlichen Nationen Europas. Die britische Arbeiterbewegung sende der spanischen Demokratie und vor allem der spanischen Arbeiterbewegung, die an den langen Kämpfen gegen den Despotismus ihren hervorragenden Anteil habe, besonders herzliche Grüsse.

SPD. Madrid, 14. April (Eig. Drahtb.)

Das letzte königliche Kabinett Aznar hat am Dienstag-Nachmittag nach der Abdankung des Königs einer republikanischen Regierung Platz gemacht. Dem Kabinett gehören als Ministerpräsident Zamora und als Aussenminister Lerroux an, beides Republikaner. Ausserdem sitzen in ihm die Sozialisten Fernando de Los Rios als Justizminister, Caballero als Arbeitsminister und Barius als Verkehrsminister. Die anderen Ämter, darunter das Innenministerium, wurden mit Republikanern besetzt.

Als eine der ersten Massnahmen kündigt die Regierung Zamora umfangreiche Personalveränderungen im spanischen Verwaltungsapparat und in den ausländischen Missionen Spaniens an.

SPD. Mit dem 14. April 1931 hat eine der ältesten Dynastien Europas aufgehört zu bestehen. Ein grosses Kulturvolk hat in seiner politischen Entwicklung einen entscheidenden Schritt vorwärts vollzogen: Spanien ist eine Republik geworden!

Mit Freude begrüsst die gesamte fortschrittlich denkende Welt dieses historische Ereignis, mit Stolz kann die internationale Arbeiterklasse auf die entscheidende Rolle hinweisen, die die spanischen Sozialisten bei dieser Umwälzung gespielt haben.

Schon einmal, doch nur kurze Zeit, vor mehr als fünfzig Jahren, hatte Spanien das Joch der Monarchie abgeschüttelt. Doch war damals der monarchische Gedanke noch in fast allen europäischen Ländern lebendig und tief verwurzelt. Vor allem gab es damals noch keine organisierte Arbeiterklasse, am allerwenigsten in dem rein agrarischen Spanien. Heute kann man mit Sicherheit behaupten, dass es keine monarchistische Restauration in Spanien mehr geben wird. Dafür ist heute der Siegeszug der Republik in der zivilisierten Welt viel zu weit fortgeschritten. Ausser in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika, diesen Mutterländern der republikanischen Staatsform, hat die Monarchie in grossen Reichen wie Deutschland, Russland und Österreich abgewirtschaftet. Auf der iberischen Halbinsel war Portugal dem grösseren Nachbarn mit der Abschaffung der Königskrone längst vorausgegangen. Ausserdem hat sich Spanien im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte stark industrialisiert und dabei haben sich die Gewerkschaften und die Sozialistische Partei sehr stark entwickelt. Sie bilden heute die stärkste, ja fast die einzige wirkliche politische Massenorganisation im Lande. Die ersten Wahlen seit der achtjährigen Diktatur haben eine so überwältigende Mehrheit für die Republik ergeben, dass kein Zweifel mehr daran möglich ist, dass das Ideal des Volksstaates in Spanien nunmehr fest verankert ist.

Das hat nunmehr auch der letzte Träger der spanischen Krone eingesehen, freilich erst nach fast zweitägigem Zögern. Durch seine Abdankung ist ein furchtbares Blutbad vermieden worden, dessen Endergebnis doch nicht zweifelhaft sein konnte: die Monarchie hatte endgültig abgewirtschaftet, an allen Ecken und Enden des Landes war die Republik bereits ausgerufen worden, ohne Widerstand zu begegnen, namentlich in Barcelona, so dass jeder Versuch von Alfons, sich mit Waffengewalt zu halten, nur bewirkt hätte, dass er mit dem fluchwürdigen Ruhm eines blutigen Despoten in die Geschichte eingegangen wäre. Für ihn selbst und die Seinen wäre obendrein ein solcher Verzweiflungsschritt mit höchster Lebensgefahr verbunden gewesen. So hat er wenigstens noch zur rechten Stunde erreicht, dass ihm und seiner Familie ein ehrenvoller Abgang ins Ausland gestattet wurde, auch materiell dürfte seine Existenz gesichert sein, ohne dass er seinen englischen Verwandten zur Last fällt.

Es wäre leicht, ein Sündenregister dieses letzten gekrönten Sprosses der Dynastie aufzustellen, wobei in früheren Jahren die Auslieferung des Landes den finstersten und rückständigsten Einflüssen des Klerus zu erwähnen wäre - man denke nur an den Justizmord an dem Freidenkerführer Ferrer - und in jüngeren Zeiten der wiederholte Bruch der beschworenen Verfassung, die Einsetzung der Militärdiktatur, die Günstlingswirtschaft, die Ausplünderung des Landes durch einige Dutzend Familien des Hochadels unter Duldung der Krone und ähnliches mehr. Aber gegenüber dem besiegten König sollen auch die mildernden Umstände in Betracht gezogen werden: er war eben der unglückliche Nachkomme jener schwerbelasteten Dynastie, die aus der Kreuzung zwischen Bourbonen und Habsburgern entstanden war. Er war das Produkt seiner degenerierten Familie und seiner klerikalen Umgebung und hat sich in Anbetracht solcher Umstände oft recht verständig und geschickt, manchmal sogar mutig verhalten. Aber das spanische Volk wollte ihn und seine Familie nicht mehr haben, es war eben reif für die Republik.

Eine schwere Aufgabe steht der neuen republikanischen Regierung bevor, die sich aus Sozialisten und aus bürgerlichen Republikanern zusammensetzt,

das heisst aus Führern jener Koalition, die bei den Wahlen siegreich hervorgegangen ist. Die meisten Mitglieder des neuen Kabinetts haben an dem Umsturzversuch vor einigen Monaten teilgenommen und haben erst kürzlich das Gefängnis verlassen. Ihre Arbeit wird dadurch erleichtert werden, dass sie fast die gesamte Intelligenz des Landes hinter sich haben und vor allem auf die tätige Mitarbeit des Proletariats rechnen können. Ein besonderes Glück für die neuen Männer ist es ferner, dass die Kommunisten, diese Schrittmacher der Reaktion und Konterrevolution, fast gar keine Anhänger in Spanien zählen.

Sieht man von einzelnen blutigen Zusammenstössen in den letzten Monaten ab, so ist die Umwälzung in Spanien friedlich und ohne Menschenopfer verlaufen. Sie war eine typische demokratische Revolution, bei der die Waffe des Stimmzettels die letzte Entscheidung erzwang. Möge der Ausbau der neuen Republik zu einem wahrhaft sozialen Volksstaat ebenso friedlich vor sich gehen - das ist der Wunsch aller deutschen Republikaner und Sozialisten an ihre Gesinnungsfreunde in Spanien!

SPD. Braunschweig, 14. April (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag-Abend hat der Naziminister Dr. Franzen zu einem Schläge gegen den sozialdemokratischen "Volksfreund" angeholt, indem er ihn auf die Dauer von 3 Wochen bis einschliesslich 5. Mai verboten hat.

Dem Verlage und der Redaktion wurde folgende Verfügung zugestellt: Auf Grund des § 13 in Verbindung mit den §§ 1 und 12 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen verbiete ich auf Beschluss des braunschweigischen Staatsministeriums hiermit den Volksfreund, Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wegen Verstosses gegen § 1 Absatz 1 Ziffer 1 in Verbindung mit § 12 der genannten Verordnung für die Zeit vom 15. April bis einschliesslich 5. Mai.

In dem Artikel in Nr. 83 mit der Kopfleiste "Gegen Franzen-Reaktion" und der durch grossen Druck hervorgehobenen Ueberschrift "Schulstreik der weltlichen Schulen im Lande Braunschweig" ist nach Inhalt und Fassung seines gesamten Wortlauts, insbesondere durch die Worte: "alle Kräfte müssen jetzt zusammengerissen werden, um dem Willkürregiment eine moralische Schlappe zuzufügen" zum Ungehorsam gegen Bestimmungen des braunschweigischen Gesetzes über die Gemeindeschulen vom 5. April 1913 angereizt worden, um Erziehungsberechtigte, Schulkinder und andere Personen zur vorsätzlichen Verletzung der gesetzlichen Schulpflichten am 10. und 11. April dieses Jahres zu bestimmen.

Das Verbot umfasst auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

Gegen das Verbot ist nach § 13 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten die Beschwerde zulässig, die bei mir binnen 2 Wochen nach Zustellung einzureichen ist. gez. Franzen.

Der Verlag des "Volksfreund" hat gegen den Racheakt des Herrn Franzen sofort alle Rechtsmittel auf Aufhebung des Verbots beschränkt.

SPD. Madrid, 14. April (Eig. Drahtb.)

Das Abdankungsschreiben, das König Alfons am Dienstag-Nachmittag um 17 Uhr unterzeichnet hat, war von Graf Romanones, dem Führer der Republikaner, Zamora, José y Gasset, Dr. Maranol und Ramon Ayala aufgesetzt worden. Als die Unterschrift vollzogen war, traf die königliche Familie sofort Vorbereitungen zur Abreise nach Paris. Bei der Abreise, die abends nach Eintritt der Dunkelheit erfolgte, wurden dem Exkönig militärische Ehren erwiesen.

Die neue provisorische Regierung setzt sich wie folgt zusammen :

Ministerpräsident Alcala Zamora,
Aussenminister Lerroix,
Finanzminister Carcia Prieto (Mitglied der zurückgetretenen Regierung)
Justizminister Professor Fernand de los Rios,
Minister für öffentliche Arbeiten Alvaro Albornoz (Führer der sozialistischen Republikaner),
Kriegsminister Manuel Ayalo (Mitglied der zurückgetretenen Regierung),
Marineminister Quiro,
Innenminister Maura (der Sohn des konservativen Führers Grafen Maura),
Arbeitsminister Largo Caballero (Vizepräsident der sozialistischen Partei und Leiter des Allg.Arbeiterbundes),
Verkehrs- und Postminister Barrios.

Die neue Regierung wird noch am Dienstag-Abend die Republik ausrufen. In Barcelona ist bereits eine provisorische katalonische Regierung gebildet worden. In der Stadt kam es Nachmittags zu grossen Kundgebungen, in deren Verlauf Bilder des Exkönigs verbrannt wurden.

SPD. Weimar, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der von der Deutschen Volkspartei zum Zwecke der Verhandlungsführung über die Ergänzung des Rumpskabinetts Baum bestellte Unterhändler Dr. Witzmann hatte am Dienstag-Nachmittag eine Besprechung mit Vertretern der Landvolkpartei und der Wirtschaftspartei. Abends folgte eine Unterredung mit Vertretern der Sozialdemokratie. Entscheidungen wurden in den Besprechungen nicht gefällt. Sie dienten lediglich einer ersten Fühlungnahme.

SPD. Madrid, 14. April (Eig. Drahtb.)

Die Ereignisse in der spanischen Hauptstadt spielten sich am Dienstag-Nachmittag mit dramatischer Wucht ab. Gegen elf Uhr war das Kabinett unter dem Vorsitz des Königs zusammengetreten. Die Minister fassten zwar keinen Beschluss, rieten dem König jedoch, die Führer der Konservativen und Konstitutionellen Parteien zu Rate zu ziehen. Das geschah. Aber selbst die Konservativen erklärten dem König, dass jetzt der Wille des Volkes respektiert werden müsse. Graf Romanones wurde daraufhin vom König beauftragt, mit dem Führer der Republikaner Zamora zu verhandeln. Alfons war bereit, zugunsten des Kronprinzen auf den Thron zu verzichten. Zamora erwiderte jedoch, dass es zu spät sei. Das Volk verlange die völlige Kapitulation und die Errichtung der Republik. Inzwischen trafen aus allen Provinzstädten Meldungen ein, dass dort die Republik ausgerufen und die republikanischen Flaggen gehisst worden seien.

SPD. Essen, 14. April (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Presse des Ruhrgebietes hatte den dortigen Landesführer des "Stahlhelm", Studienrat Mahnke-Hagen wegen seines Protesttelegramms über eine angebliche Behauptung des sozialdemokratischen Landrats Hansmann-Schwelm an den preussischen Innenminister einen Verleumder genannt. Der "Stahlhelm, Landesverband Westmark" teilt dazu mit, dass er gegen die betreffenden Blätter inzwischen wegen Beleidigung Klage habe einreichen lassen.

SPD. New York, 14. April (Eig. Drahtb.)

In Chicago kamen in der Nacht vom Montag zum Dienstag in einem Untergrundbahn-Tunnel 11 Arbeiter durch giftige Gase, die Feuer fingen, ums Leben. 18 Arbeiter erlitten schwere Gasvergiftungen. Ein Teil der Rettungsmannschaften brach trotz Benutzung von Gasmasken ohnmächtig zusammen.

SPD. Paris, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der Pariser Güterbahnhof Batignolles ist am Dienstag-Nachmittag durch ein Riesenfeuer zum grössten Teil eingeäschert worden. Obgleich sich fast die gesamte Pariser Feuerwehr an den Löscharbeiten beteiligte, war nicht zu verhindern, dass das Feuer in kurzer Zeit grosse Ausdehnung annahm, da mehrere hundert Fässer mit Rum, Benzin, Oel und anderen Brennstoffen, die in einem Zolischuppen lagerten, explodierten. Das Feuer griff auch auf das neben dem Zolischuppen gelegene Wirtschafts- und Kassengebäude der Staatsbahn über, das ebenfalls vollkommen vernichtet wurde.

SPD. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wählte am Dienstag-Abend den früheren Präsidenten des Danziger Senats Dr. Heinrich Sahn mit 110 gegen 99 Stimmen zum Oberbürgermeister. Als zweiter Bürgermeister wurden gewählt der Staatspartei Dr. Elsass mit 112 und der Sozialdemokrat Dr. Lange mit 106 Stimmen. Stadtkämmerer wurde der Sozialdemokrat Dr. Asch-Frankfurt, der 101 Stimmen auf sich vereinigte.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Bonzen, Bonzen!

SPD. Die rechtsradikale Propaganda gegen die Sozialdemokratische Partei lebt von den blödsinnigsten Schlagworten, die aus dem kommunistischen Hass gegen die Sozialdemokratie geboren sind. Die um Hugenberg werden immer geistesärmer. Eigene Ideen haben sie längst nicht mehr, und so sind sie gezwungen, die kommunistischen Agitationsphrasen zu stehlen. Die nationalistische Phrase ist gänzlich in den Hintergrund getreten, die Kosten rechtsradikaler Agitation werden im wesentlichen nur noch bestritten mit dem Geschrei gegen die "roten Bonzen".

Bonze ist jeder, der den Herrschaften um Hugenberg unangenehm ist. Bonzen Bonzen!, so klingt es in ermüdendem Einerlei aus ihrer Presse. Die völlige Arterienverkalkung des Rechtsradikalismus wird hier offenbar. Sie merken nicht einmal, wie sie sich mit dieser Nachäffung kommunistischer Agitation ins eigene Fleisch schneiden. Gerade jetzt, wo die Leute des Herrn Stennes gegen Hitler und seine Klique rebellieren, zeugt das Geschrei gegen die Bonzen von ganz besonderer Geistesarmut.

Was wirft Stennes Hitler und seinen Leuten vor? Dass sie Bonzen sind! Von der Rebellion gegen das Braune Haus in München, gegen die "Finanzierung der politischen Führer", wie sich einer der Leute von Stennes ausdrückt, gegen die Luxusautos von Hitler und Goebbels bis zum Geschrei der SA. über ihre zerrissenen Schuhsohlen ist das alles nur ein einziger Schrei gegen die Bonzen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter lässt das Geschrei der Hugenberg und Kompagnie gegen die "sozialdemokratischen Bonzen" vollständig kalt. Sie haben die Verlogenheit dieses Geschreis schon erkannt, als es von den Kommunisten erhoben wurde, und sie sind viel zu eng mit ihren Führern verbunden, als dass der Lärm der Besitzenden sie beeinflussen könnte. Soweit aber die rechtsradikalen Schreier damit die Spießbürger und die indifferente Masse des Kleinbürgertums beeinflussen wollen, schneiden sie sich ins eigene Fleisch; denn diese Sorte von Propaganda kehrt sich schliesslich gegen sie selber und das geschieht ihnen ganz recht.

Das Bonzengeschrei ist nichts anderes als der Hass der ehemals privilegierten Klassen gegen die Durchdringung der Verwaltung mit Kräften aus der Arbeiterschaft. Dieser Hass, die geistige Arterienverkalkung und die trostlose Abhängigkeit von der kommunistischen Phrasenschmiede, das ist der Geist derer um Hugenberg!

Teutsche Träumer.

Der Jungdeutsche Orden bemüht sich immer noch, die teutsche Oberlehrerromantik vergangener Zeiten lebendig zu erhalten. Ein Blick in seine Zeitschrift "Der Meister" mutet an wie ein Blick in eine um ein Jahrhundert zurückliegende Zeit. Im Aprilheft dieser Zeitschrift quält sich einer der Getreuen Mahrauns damit ab, dass die "ewige Zwietracht der Deutschen" eine Geschichtslüge gegen das deutsche Volk sei, erfunden von fremden Mächten, um Deutschland am Boden zu halten, so etwas wie die berühmte Schuldüge. In unsagbar komische Oberlehrerdarlegungen setzt er auseinander, dass schon der römische Kaiser Tiberius mit der Lügenpropaganda gegen das Deutsche Volk begonnen habe und behauptet dann, dass die Geschichte nichts Entscheidendes für den Beweis der inneren Zwietracht geliefert habe. Gegen diese heilige Einfalt eines gläubigen grossen Kindes lässt sich nichts ausrichten. - Man mag ihn an die herrlichen

Zeiten des dreissigjährigen Krieges, des Rheinbundes von 1810 oder an den Krieg von 1866 erinnern, der unheilbare Romantiker wird dennoch nicht aus seinem Traum erwachen. Während Deutschland mit den ernstesten Problemen ringt, ziehen sich diese Leute die Zipfelmütze über die Ohren und träumen von Hermann dem Cherusker und von jenen Zeiten, in denen die sagenhaften Vorfahren des deutschen Volkes als Halbwilde in den Wäldern Germaniens umherliefen. Dagegen hilft nur eins: Weiterschlafen lassen!

Legalität mit Hindernissen.

Die Getreuen Hitlers bemühen sich krampfhaft, legal zu sein. - Aber ach, der gewohnte Phrasenbrei ist stärker als sie selbst. Immer wieder verfallen sie in die blutrünstigen revolutionären Redensarten. So erscheint das Berliner Naziblatt in der letzten Zeit hin und wieder mit Zensurlücken, die von der Redaktion selbst hergestellt worden sind. In einer der letzten Nummern liest man die Sätze: "Wir leben in einer grossen Zeit, in einer Zeit der Umwälzung in der Geschichte, wie sie selten dagewesen ist....." "Wir wollen keine Revolte, wir wollen eine Revolution des Geistes." Dazwischen aber eine Zensurlücke von sechs ausgestochenen Zeilen. Wetten, dass anstelle dieser sechs Zeilen und des letzten Satzes die gewohnte, gar nicht legale revolutionäre Phrase gestanden hat? Sie müssen jetzt einen Mann in der Redaktion sitzen haben, der für die Legalität sorgt und der revolutionären Begeisterung mit Zensurstrichen zu Leibe geht!

Wenn das nicht zieht!

Für eine Kundgebung der Deutschnationalen in Berlin für das berühmte sogenannte Volksbegehren des Stahlhelms wurde in einer Anzeige mit folgendem Lockmittel geworben: "Es wird die seltene Gelegenheit geboten, Herrn Dr. Frederich die singende Säge spielen zu hören." Wenn das nicht hilft, dann hilft überhaupt nichts mehr! Ist es nicht symbolisch? Wird nach dem Misserfolg der Stahlhelm-Aktion nicht die singende Säge in den nationalen Reihen wüten?

Der Stahlhelm auf dem Altar.

Der badische Hetzpfarrer Streng, der Stahlhelmsäbel und Karabiner auf den Altar legte und dann von der Kanzel eine Hakenkreuzrede hielt, hat eine neue Verteidigung gefunden. Er erklärt, dass die Vereinigung von Flinte und Altar schon im Jahre 1914 bei einer kirchlichen Trauerfeier für ein im Krieg gefallenes Gemeindemitglied geübt worden sei. Diese Entschuldigung ist eine neue Belastung. Sie zeigt, dass das Hakenkreuzchristentum von heute, der Missbrauch der christlichen Religion zu hetzerischen Zwecken die direkte Fortsetzung des Missbrauchs des Christentums zur Kriegspropaganda während des Weltkrieges ist. Die falschen Hakenkreuzchristen von heute sind der falschen Kanonenchristen aus der Zeit des Krieges würdig!

Ein schlüssiger Beweis.

Die Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung" lässt sich aus München über das Wesen der Militärorganisation der Hitlerpartei folgendes berichten: "Die Sturmabteilungen lehnen sich mit ihren Standorten nach Möglichkeit an die Standorte der Regimenter der alten Wehrmacht an. Die ursprünglichen Sturmabteilungen heissen heute Schutzabteilungen und durch den Anknüpfungspunkt der alten Regimentstandorte soll hauptsächlich die Tradition aufgelöster Garnisonen gepflegt werden."

Ein schlüssiger Beweis für den militärischen Charakter der SA. konnte nicht geführt werden. Wenn dieser Bericht in einem pazifistischen Organ gestanden hätte, so würden die um Hitler vermutlich sehr laut über Denunziation und Landesverrat schreien!

Aus aller Welt

Neue Kürten = Mord!

Der zweite Tag im Düsseldorfer Prozess - Kürten gesteht zwei weitere Verbrechen.

SPD. Düsseldorf, 14. April (Eig. Drahtb.)

Im Düsseldorfer Mordprozess beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Eich am Dienstag den Ausschluss der Öffentlichkeit, da nunmehr noch peinlichere Einzelheiten als am ersten Tage zur Sprache kämen. Dem Antrag wurde stattgegeben; ausser den Beteiligten blieb nur eine Kommission von Pressevertretern und juristischen oder kriminalistischen Interessenten im Saal.

Bestie mit acht Jahren.

Der Angeklagte Kürten gibt mit jener unheimlichen Kälte und Sachlichkeit, durch die er bereits am ersten Verhandlungstag verblüffte, eine ausführliche Schilderung seiner krankhaften Veranlagung, die nach seiner Meinung durch die ungünstigen häuslichen Verhältnisse noch beeinflusst worden sei. "Ich war als Kind Zeuge, wie der Vater die Mutter barbarisch misshandelte. Wir haben in den elendesten Wohnungen gehaust. Ich habe meinem Verwandten, der Hundefänger war, beim Schlachten der Tiere mitgeholfen. Die grausame Art, mit der das vor sich ging, blieb nicht ohne Einfluss. Als ich acht Jahre alt war, habe ich zwei Jungen vom Floss in den Rhein gestossen und habe ihnen nicht geholfen, als sie um Hilfe schrieten und an Land gezogen werden wollten. Beide Kinder sind ertrunken".

Das Vorbild...

Wie Kürten auf seine spätere Entwicklung eingeht, kommt er auch auf sein "Vorbild" zu sprechen. Er erzählt, dass er Berichte über den Massenmörder des Londoner Ostens, "Jack, the Ripper", mit wahren Heisshunger verschlungen habe. Die Konzentration auf die Vorstellung der Methode, mit der Jack the Ripper seine Opfer umbrachte, habe in ihm eine sadistische Befriedigung ausgelöst. Besonders als er in Haft sass, habe er sich an dem Vergeltungsgedanken berauscht, diesem oder jenem den Bauch aufzuschneiden. Dann, wenn die Vorstellung der sadistischen Triebe nicht mehr genügt habe, habe es ihn zur Tat getrieben. Staatsanwalt: "Ist es richtig, dass Kürten schon im schulpflichtigen Alter sadistische Neigungen hatte?" - Kürten: "Ja, mit einem Federmesser stach ich u. a. auf Tiere ein". Staatsanwalt: "Haben Sie auch mit Vorliebe ein Panoptikum aufgesucht, in dem Wachsfiguren der Täter und Beschreibungen der Taten zu sehen waren?" - Kürten: "Das ist möglich".

Ein phänomenales Gedächtnis.

Wie Kürten seine einzelnen Verbrechen schildert und dabei auf die näheren Begleitumstände zu sprechen kommt, offenbart er ein geradezu phänomenales Gedächtnis selbst für die kleinsten Einzelheiten. Die Methode, mit der er seine Opfer zu Tode quälte, sich an ihrem letzten Kampfe und schliesslich an ihrem Leichnam labte, war in den einzelnen Fällen sehr verschieden, in allen aber derart widerlich und grauenvoll, dass ihre Nacherzählung unmöglich ist. Oft habe er sich, betont der Angeklagte, vorher gesagt: Du tust es nicht - er wisse nicht, warum er es dann doch getan habe; auch die Psychologen könnten das nicht ergründen.

Als der Uhu schrie.

Sehr interessant ist eine Stelle in Kürtens peinlichem Vortrag, in der er die Stimmung schildert, in der er sich nach der Ermordung der Maria Hahn bei Papendelle befunden habe. Er erzählte: "Ich habe angefangen, zu singen. Es war

sehr still und es hörte sich sehr schön an. Am Abend bin ich dann noch mal herausgefahren, sah nach, ob die Leiche noch daliegt; um Mitternacht trug ich sie auf ein Feld, legte den Körper des Mädchens in eine Grube und hielt mich eine halbe Stunde bei der Leiche auf. Die Kirchenglocken schlugen, ein Uhu schrie. Alles das wirkte zusammen und rief in mir eine grosse Erregung hervor. Dem Leichnam nahm ich dann die Uhr in der Annahme ab, dass ich sie noch für ein anderes Mädchen gebrauchen könnte, um es gefügig zu machen. Nach einiger Zeit warf ich die Grube zu. Die unheimliche Stimmung hat mir gut gefallen, im ganzen bin ich dann noch etwa 30 Mal an den Tatort zurückgegangen".

Widersprüche.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verliert Kürten wiederholt seine unheimliche Ruhe. Er hat sich nämlich in der Durchführung seines Verteidigungsplans nicht ganz konsequent verhalten. Seine Bemerkung beispielsweise, dass er absichtlich während seiner Gefängniszeiten Dunkelhaft herbeigeführt habe, um sich auf diese Weise leichter sadistischen Vorstellungen hingeben zu können, entkräftet zum Teil seine Anklage gegen das harte Strafvollzugssystem, durch das er wesentlich zum Sadisten gemacht worden sein will. Als Kürten seinen taktischen Fehler erkannte, wurde er merklich aufgeregt. Ebenso konnte er verschiedene Widersprüche zwischen den Polizeiprotokollen und den Aufzeichnungen des Untersuchungsrichters nicht aufklären und meinte nur: "Ich glaube, Anspruch auf Glaubwürdigkeit zu haben". Schliesslich wurde er auch bei der Schilderung des Verbrechens an der kleinen Gertrud Albermann seltsam nervös. Im übrigen betont Kürten immer wieder, dass ihn nicht nur seine Morde an sich befriedigt hätten, sondern auch die Empörung, die sie in der Öffentlichkeit auslösten.

Die Vernehmung des Angeklagten ist damit beendet. Als erste Zeugin wird ein junges Mädchen aus Holland vernommen, die einmal von dem Angeklagten überfallen worden war, jedoch entfliehen konnte.

+ + +

Tragödie eines Musikers. In Saarbrücken wurde der bekannte Jazzband-Kapellmeister Eric Borchardt zusammen mit einem Kollegen, einem Musiker Hofmann, unter dem Verdacht der fahrlässigen Tötung verhaftet. Borchardt hatte eine Freundin, die sich aus Schmerz über die bevorstehende Trennung mit Veronal das Leben nehmen wollte, auf so ungeschickte Art ohne Herbeiholung eines Arztes zu retten versucht, dass das junge Mädchen infolge dieser "Hilfeleistung" verstarb. Borchardt und Hofmann hatten dem jungen Mädchen den Magen auspumpen wollen und dabei den Gummischlauch, den sie benutzten, statt in die Speiseröhre in die Luftröhre gelangen lassen.

+ + +

Revision im Saffran-Prozess. Im Bartensteiner Versicherungsmordprozess haben der zum Tode verurteilte Kaufmann Saffran und die zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilte Ella Augustin Revision angemeldet. Die Verteidiger der Angeklagten vertreten die Auffassung, dass die Hauptverhandlung die Alleinschuld Kipnicks an dem Mord ergeben habe. Der Buchhalter Kipnick, der gleichfalls zum Tode verurteilt worden war, hat von sich aus bereits unmittelbar nach Beendigung des Prozesses Revision angemeldet. Ob den Anträgen stattgegeben wird, hängt von der Stellungnahme des Reichsgerichts ab.

+ + +

Verhängnisvolles Freudenfeuer. Anlässlich eines Volksfestes in der kleinen Stadt Galar bei Pamplona (Spanien) gab der Bürgermeister den Auftrag, das historische Freudenfeuer auf einem nahen Hügel anzuzünden. Der Wind trieb die Flammen jedoch nach einem nahen Tannenwald, der vollständig herunterbrannte. Die Festteilnehmer hatten als zweite Auflage des Vergnügens alle Hände voll zu tun, um ihre eigene Stadt vor den Flammen zu retten.

+ + +

Der ewige Verleumder.

Goebbels vom Amtsgericht Berlin-Mitte zu 1700 Mark Geldstrafe verurteilt.

SPD. Josef Goebbels, zur Zeit Berliner Nazi-Diktator von Hitlers Gnaden, ist am Mittwoch vormittag vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Aufreizung zum Ungehorsam zu 200 Mark und wegen Beleidigung des Berliner Polizei-Vizepräsidenten Dr. Weiss zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Im ersten Fall hatte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 500 Mark, im zweiten eine Freiheitsstrafe von drei Monaten Gefängnis beantragt.

Goebbels glaubte, mit allen möglichen juristischen Kniffen beweisen zu können, dass seine Aufforderung, das Uniformverbot des Berliner Polizeipräsidenten zu missachten, durch ein späteres Kammergerichtsurteil zu rechtfertigen sei. Staatsanwalt und Gericht belehrten ihn eines anderen. Die von Goebbels angegriffene Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten, die das massenweise Auftreten nationalsozialistisch-uniformierter Horden verhindern wollte, bestand zu Recht. Sie war erlassen worden, um die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten. Dass sich später das Preussische Kammergericht auf den Standpunkt stellte, dass ein ganz allgemeines und grundsätzliches Uniformverbot juristisch nicht haltbar sei, berührte die aktuelle Verfügung des Polizeipräsidenten in keiner Weise.

Noch ein kleines, vielleicht nicht unwichtiges Symbol: am Vorabend des Prozesses hatte Goebbels den Termin zu seiner Verhandlung auf der ersten Seite seines Nazi-Organes mit genauer Zeit- und Ortsbezeichnung in Sperrdruck publiziert. Die Aufforderung an seine Freunde, in Massen zu erscheinen, zu demonstrieren und seiner Anwesenheit den lebendigen, nach aussen wirksamen Hintergrund zu geben, ohne den der Schauspieler Josef nicht aufzutreten pflegt, war unverkennbar. Trotzdem erschienen am Mittwoch kaum viel mehr als fünfundzwanzig bis dreissig Mann, um Goebbels zu huldigen und ihn entgegen zu "heilen".

In dem zweiten Prozess handelte es sich um folgendes: Goebbels hatte vor längerer Zeit im Berliner Kriegervereinshaus eine später auch in Broschürenform erschienene Rede über den Youngplan gehalten, in der er ausführte: "So wie die Marxisten "Wilhelm" sagen, wenn sie die Monarchie meinen und "Mussolini", wenn sie den Faschismus treffen wollen, so sagen wir Isidor Weiss, wenn wir die Korruption und den Bolschewismus der Berliner Stadtverwaltung meinen". Wegen dieser niederträchtigen Beleidigung hatte Polizeivizepräsident Weiss Strafantrag gestellt. So und so oft ist Herr Goebbels unter allen möglichen Ausreden nicht zur Verhandlung erschienen. Am Dienstag verzichtete er auf jede Rechtfertigung, weil er sich dadurch beleidigt fühlte, dass er in dem vorangegangenen Prozess zu der milden Geldstrafe von 200 Mark verurteilt worden war. Er fand für sein Verhalten die ebenso lächerliche wie feige Ausrede, dass er das Gericht als befangen empfinde und deshalb ablehnen müsse. Als das Gericht sich schliesslich zur Beratung zurückzog, da verliess Goebbels das Gerichtsgebäude, umbrüllt von dem Heilgeschrei männlicher und weiblicher Getreuen. - Das Urteil in Höhe von 1500 R $\text{\$}$ Geldstrafe wurde dann in seiner Abwesenheit verkündet.

+ + +

Flugzeugabsturz: 2 Tote. In der Nähe von Görlitz stürzte das Flugzeug "D 1928", das von sieben Reichswehroffizieren gemietet worden war, ab. Der Pilot und der Begleiter wurden getötet. Von den übrigen Insassen erlitten 4 leichte Verletzungen.



Tagung der Schiffsingenieure.

SPD. Der Verband Deutscher Schiffsingenieure hielt dieser Tage in Hamburg seinen Verbandstag ab. Im Mittelpunkt der Tagung standen Wirtschaftskrise, Tarifpolitik, Besetzungs- und Ausbildungsfragen. Die Krise wurde von dem Vorsitzenden des AfA-Bundes, Reichstagsabg. Aufhäuser, beleuchtet. Er charakterisierte sie als "erste grosse Krise des Monopolkapitalismus", in der die Konstruktionsfehler der Wirtschaftsordnung deutlich zutage getreten seien. Die Arbeitnehmer müssten sich heute mehr denn je vor den Schlagworten der Radikals hüten und die wahren Ursachen der Not erkennen. An die Stelle der planlosen kapitalistischen Profitwirtschaft müsse die kollektivistische Bedarfswirtschaft gesetzt werden. Darauf hinzuarbeiten sei das Ziel der freien Gewerkschaften und die Pflicht der organisierten Arbeiter- und Angestellten-schaft.

Die tarifpolitische Lage wurde von dem Verbandsvorsitzenden Freese erörtert. Auch die Arbeitnehmer der Seeschifffahrt haben sich eine Senkung des Lohnniveaus in Gestalt des Abbaus aller übertariflichen Bezüge gefallen lassen müssen. Für eine Kürzung der Tarifgehälter war bisher noch kein Raum, da die Mantel- und Gehaltstarife der Seeschifffahrt bis zum 31. Oktober Gültigkeit haben. Die Tarife sind für allgemein verbindlich erklärt und binden auch die Reeder und Seeleute, die keinerder vertragschliessenden Parteien angehören. Eine grosse Zahl von Reedereien will sich mit dem Abbau der übertariflichen Bezüge nicht begnügen und möchte am liebsten so schnell wie möglich durch Vertragsbruch und wirtschaftlichen Druck das herausholen, was in anderen Wirtschaftszweigen durch die Zwangsschiedssprüche der Schlichtungsbehörden im Lohnabbau erreicht wurde. Die Draufgänger unter den Reedern versuchen den allgemeinverbindlichen Tarif beiseite zu schieben; rücksichtslos spielen sie die grosse Reservearmee der Arbeitslosen gegen die Beschäftigten aus. Der Verband Deutscher Reeder hatte sich, als er aufgefordert wurde, seine angeschlossenen Reeder zur Beachtung des Tarifs anzuhalten, seiner Pflicht ohne vollen Erfolg unterzogen. Wenn es trotzdem im grossen und ganzen gelingt, die Tarifbruchabsichten zu vereiteln, dann nur infolge der vorbildlichen Disziplin der organisierten Schiffsingenieure.

Die Anstrengung der Verbandsleitung in der Abwehr rechtswidriger Angriffe tarifbrüchiger Reeder wurde vom Verbandstag rühmend anerkannt.

Die Erörterung der Ausbildungsfragen wurde eingeleitet durch einen Vortrag von Ministerialrat Professor Horstmann vom Preussischen Handelsministerium. Er sprach über die Ausbildung zum Schiffsingenieur im Rahmen eines neuen Bildungswesens. Der ungeheure Andrang zu den Hochschulen während der letzten Jahre zwingt zum ernsten Nachdenken. Deutschland habe einen enormen Überschuss an Akademikern, aber nicht die Möglichkeit, sie in den Berufen unterzubringen, die man früher als akademische bezeichnet habe. Eine wachsende Zahl von Akademikern ströme infolgedessen in das Wirtschaftsleben und in die Berufe ein, für die sie nach dem humanistischen Bildungsideal geformt, weder Eignung noch Schulung mitbrächten. Das zwingt dazu, dem humanistischen Bildungsweg seine Monopolstellung zu nehmen, indem man einen anderen Bildungsweg öffnet, der von der Volksschule über die Berufsschule, den Beruf und die Fachschule ebenfalls zur Hochschule führe und dem Tüchtigsten und Begabtesten den Aufstieg ermögliche. Diese Forderung sei auch für den Schiffsingenieurberuf zu erheben,

der schon jetzt für sich in Anspruch nehmen könne, dass seine theoretische und praktische Bildung der Zeitdauer nach von keinem anderen technischen Beruf erreicht, der Qualität nach von keinem übertroffen wird.

Mit Bedauern stellte der Verbandstag fest, dass die durch die technische Entwicklung überholten Besetzungsbestimmungen weiterhin Geltung behalten sollen. Das Problem der Besetzung in der deutschen Handelsflotte sei nicht gelöst und es müsse trotz aller Widerstände für einen organischen Aufbau in der Ausbildung und den Gewerbebefugnissen gekämpft werden, der der technischen Entwicklung besser entspreche.

Die neuen Vorschriften in der Besetzungs- und Ausbildungsfrage treten, wie der Verbandsvorsitzende mitteilte, nach einer Erklärung des Reichsverkehrsministeriums erst am 1. Juli in Kraft. Welche endgültige Fassung die Verordnung erhalte, sei schwer zu sagen.

Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ergab sich, dass der Verband das Krisenjahr 1930 gut überstanden hat. Der Vorstand und die Revisoren wurden entlastet und wiedergewählt. Eine neue Verbandssatzung wurde verabschiedet. Die Unterstützungseinrichtungen wurden ausgebaut; vor allem wurde die Gemassregulierung wesentlich erhöht. In Zukunft zahlt der Verband bei Massregelung eines Mitgliedes $2/3$ des Tarifgehalts.

Die Tagung fand ihren Abschluss mit der einstimmigen Annahme eines Aufrufs an die Mitglieder, in dem nach einem Hinweis auf den Ansturm der Unternehmer gegen das Lohn- und Gehaltsniveau darauf aufmerksam gemacht wurde, dass der eigentliche Kampf um die Erhaltung der Existenz der Schiffsingenieure - der schwerste vielleicht seit 1922 - noch bevorstehe. Die fortdauernden Versuche deutscher Reeder, das Tarifrecht zu brechen, zeigten deutlich, dass der Wirtschaftsfriede in der Schifffahrt stark bedroht sei. Der Verbandstag rufe daher die Schiffsingenieure auf, sich des Ernstes der Lage bewusst zu sein und sich diszipliniert und opferwillig hinter die Verbandsleitung zu stellen.

SPD. Der Schiedsspruch für die Herrenkonfektion ist allgemeinverbindlich geworden. Die Arbeitgeber hatten den Spruch abgelehnt, die Arbeitnehmerorganisationen hatten ihn angenommen und allgemeine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Dieser Tage fanden im Reichsarbeitsministerium die Nachverhandlungen statt. Dabei kam es zu einer Vereinbarung der Parteien. Der neue Reichstarif und das Lohnabkommen sind mit Wirkung ab 7. April in Kraft getreten.

SPD. Unser Hinweis auf die seit einiger Zeit umlaufenden alarmierenden Gerüchte über neue Abbaupläne auf dem Gebiet des Arbeitslosenschutzes veranlasst den "Politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienst" zu einer Art Beruhigungsversuch. Er sagt: "Die Braunkommission hätte keinen Zweck und würde wohl unter sehr scharfem Protest ihre Arbeiten niederlegen, wenn die Reichsregierung jetzt irgendwelche Änderungen an der Arbeitslosenversicherung auf dem Weg der Notverordnung durchführen würde".

Mit diesem Satz ist garnichts gesagt. Natürlich wird die Regierung in der Frage der Arbeitslosenversicherung keine Notverordnung herausgeben, ohne vorher die von ihr selbst eingesetzte Arbeitslosenkommision zu hören. Trotzdem ist jedoch nach wie vor die Möglichkeit zu Änderungen gegeben. Uns kam es darauf an, zu erfahren, was an den Abbaugerüchten - es handelt sich dabei nicht nur um Pressemeldungen - Wahres ist. Baldiger klarer Bescheid wäre erwünscht. Vielleicht erfolgt er, wenn der Reichsarbeitsminister wieder in Berlin ist.

SPD. Mitglieder der Krankenkassen, die zwecks Entbindung ein Wöchnerin=nenheim aufsuchen, ohne die erforderlichen Mittel zu besitzen, treten oftmals ihre Ansprüche an die Krankenkasse dem Fürsorgeverband, bzw. dem Wohlfahrtsamt restlos ab. Sie müssen auf folgendes aufmerksam gemacht werden:

Die Wöchnerin hat Anspruch auf ein Wochengeld für die Zeit vor der Entbindung für die Dauer von mindestens 4 Wochen, auf ein Wochengeld für die Zeit nach der Entbindung für die Dauer von 6 Wochen, auf einen Entbindungskostenbeitrag in Höhe von 10 Mark und auf den Betrag, den die Hebamme erhielt, wenn sie herangezogen worden wäre. Das sind in der Regel 32.- bis 36 Mark. Ferner hat die Krankenkassen=Versicherte Anspruch auf ein Stillgeld bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft.

Die Mitglieder der Krankenkassen werden gewarnt, sämtliche Ansprüche auf die Wochenhilfeleistungen den Fürsorgeverbänden abzutreten. Die Wöchnerin braucht sich nur damit einverstanden zu erklären, dass der Betrag von ca. 36 M., der anstelle der Hebammenhilfe gezahlt wird, der Entbindungskostenbeitrag in Höhe von 10 M., sowie das Wochen= und Stillgeld für die Tage abgetreten werden, an denen sich die Wöchnerin in einem Wöchnerinnen= oder Entbindungsheim aufhalten hat.

Also Augen auf bei Aufnahme in Wöchnerinnen= und Entbindungsheime!

SPD. Die der gesamten Bauarbeitnehmerschaft drohende Gefahr, während der Krisis im Baugewerbe vom Unternehmertum im Lebensstandard auf Jahre hinaus tief herabgedrückt zu werden, zwingt ihre Organisationen zu stärkerem Zusammenhalt. Der Anschluss der freiorganisierten Dachdecker an den Deutschen Bau=gewerksbund war ein Schritt hierzi, und auf dem Bundestag des Polier=, Werk= und Schachtmeisterbundes, der dieser Tage in Dortmund stattfand, standen die Pläne zur Schaffung einer Einheitsorganisation aller Poliere, Werk= und Schachtmeister im Baugewerbe im Vordergrund der Beratungen. Die Notwendigkeit einer solchen Einheitsorganisation kann nicht bestritten werden. Die jüngsten Tarifverhandlungen im Baugewerbe zeigten zur Genüge, was die Bauunternehmer im Schilde führen, und die Massenkündigungen von Polieren und Schachtmeistern sind ein Beweis dafür, dass die tariflichen und gesetzlichen Rechte dieser bau=gewerblichen Angestellten stark bedroht sind. Daher der Ruf nach der Ein=heitsorganisation. Um ihr den Weg zu ebnen, sollen die hierfür zwischen dem Polier= und dem Baugewerksbund bereits aufgenommenen Verhandlungen weiterge=führt werden.

SPD. Der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Franz Scheffel, kann in diesen Tagen auf 25 Jahre Arbeit in führender gewerk=schaftlicher Stellung zurückblicken. Am 16. April 1906 übernahm er den Vorsitz im Zentralverband der Maschinisten und Heizer, und im Frühjahr 1919 trat er an die Spitze des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Scheffel verfügt über starke organisatorische Gaben. Bis zum Jahre 1914 war die Mitgliederzahl des Maschi=nisten= und Heizerverbandes von 11 000 auf 26 000 gestiegen. Die Zahl der Ta=rifverträge betrug damals 150, während beim Amtsantritt Scheffels so gut wie keine tarifvertragliche Abmachung existierte. Aus der freigewerkschaftlichen Eisenbahnerorganisation hat Scheffel trotz wild bewegter Zeiten einen Macht=faktor geschaffen. Man braucht nur an den Kapp=Putsch und an den Ruhreinbruch zu erinnern. In den Kreisen der Funktionäre und weit darüber hinaus hat er durch sein starkes Rechtsempfinden und scharf ausgeprägtes Pflichtgefühl sich hohe Achtung und unzerstörbares Vertrauen erworben. Seit 1918 gehört Scheffel daher auch dem Reichstag an. - Dem Führer der Eisenbahner zu seinem Jubeltag unsere herzlichsten Glückwünsche!

Aufwertungstermine!

(Verlängerung der Aufwertungsfristen und Grundbuchbereinigung.)

SPD. In der Aufwertungsgesetzgebung laufen demnächst wichtige Fristen ab. So bestimmte das Aufwertungsgesetz für die Fälligkeit und die Rückzahlung der aufgewerteten Hypotheken den 1. Januar 1932. Man nahm, als man das Aufwertungsgesetz schuf - es war im Juli 1925 - an, bis dahin könnten die in Frage kommenden Milliardenbeträge mobilisiert werden. Inzwischen hat sich das als unmöglich herausgestellt. Der Reichstag trug dem Rechnung und schuf das sogenannte Fälligkeitsgesetz. Dieses Gesetz hält an dem alten Fälligkeitstermin, dem 1. Januar 1932, fest. Um aber dem Schuldner Ruhe und Zeit zur Kapitalbeschaffung zu lassen, ist das Recht, die Rückzahlung bis zum 1. Januar 1932 zu verlangen, an eine "bis zum 3. Werktag schriftlich zu erfolgende Kündigung zum Kalendervierteljahresschluss mit einjähriger Kündigungsfrist" gebunden. Das Gesetz schreibt also eine einjährige Kündigungsfrist vor. Der Gläubiger, der mit der Rückzahlung zum 1. Januar 1932 rechnet, musste also bis zum 31. Dezember 1930 dem Schuldner die schriftliche Kündigung zustellen. Danach können Kündigungen immer nur für den Schluss eines Vierteljahres erfolgen.

Das Gesetz will aber auch dem Schuldner helfen und gewährt ihm eine Frist von 3 Jahren (bis zum 31. Dezember 1934), wenn er nachweisen kann, dass er nicht in der Lage ist, sich das fällige Kapital zu beschaffen. Ueber den Antrag der Fristgewährung entscheidet die zuständige Aufwertungsstelle. Diese hat, nachdem der Antrag gestellt ist, aber nicht nur den Schuldner, sondern auch den Gläubiger zu hören. Das Gesetz will nämlich unbillige Härten vermeiden. Liegt unbillige Härte vor, so soll die Zahlungsfrist nicht bewilligt werden. Bei Zustimmung des Gläubigers kann die Aufwertungsstelle die Bewilligung der Zahlungsfrist von der Leistung einer Abschlagszahlung abhängig machen. Sie kann aber auch noch andere Bedingungen stellen, z.B. kann sie dem Antragsteller eine Sicherheitsleistung des gekündigten Betrages auferlegen. In der Regel soll das geschehen, wenn es sich um aufgewertete persönliche Forderungen handelt, die nicht durch Hypotheken oder durch Hypotheken nicht ausreichend gesichert sind. Eine Zahlungsfrist wird nicht bewilligt, wenn der Aufwertungsbetrag 100 Goldmark nicht übersteigt. Der Schuldner wird auf alle Fälle vor-sichtig handeln, wenn er dem Gläubiger mitteilt, dass er die Zahlungsfrist beanträgt hat.

Falls der Schuldner am Fälligkeitstage nicht zahlen kann, muss er bei der Aufwertungsstelle des Amtsgerichts den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist stellen und zwar spätestens binnen 3 Monaten nach erfolgter Kündigung. Auch muss der Nachweis erbracht werden, dass der Versuch, die Umschuldung gütlich zu regeln, gescheitert ist. Ist die bewilligte Frist abgelaufen, so ist die Forderung unter allen Umständen fällig. Eine erneute Kündigung ist nicht zugelassen, denn das Gesetz bestimmt ausdrücklich: "Die Zahlungsfrist kann nur einmal und längstens bis zum 31. Dezember 1934 bewilligt werden."

Ist der Gläubiger mit der Bewilligung der Zahlungsfrist nicht einverstanden, so kann er Beschwerde beim Landgericht einlegen. Das gleiche Recht steht dem Schuldner zu, dessen Antrag abgelehnt wird. Weitere Beschwerdeinstanz ist das Oberlandesgericht. Die Einlegung der Beschwerde erfolgt zweckmässig durch Einreichung einer Beschwerdeschrift oder durch Erklärung zu Protokoll der Ge-

schäftsstelle des zuständigen Gerichts. Die Beschwerdeschrift muss von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Einer solchen Unterzeichnung bedarf es nicht, wenn die Beschwerde von einer Behörde oder von einem Notar eingelegt wird, die in der Angelegenheit für den Beschwerdeführer einen Antrag bei der Beschwerdestelle eingereicht hat. Aus der rechtskräftigen Entscheidung der Aufwertungsstelle über die Kosten, sowie aus einem vor der Aufwertungsstelle abgeschlossenen Vergleich findet die Zwangsvollstreckung nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung Anwendung. Die rechtskräftige Entscheidung steht mit dem in einem bürgerlichen Rechtsstreit ergangenen rechtskräftigen Urteil gleich. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller; die Aufwertungsstelle kann sie jedoch ganz oder teilweise dem Gläubiger aus Billigkeitsgründen auferlegen.

Die Grundbuchbereinigung will in erster Linie die Papiermarkhypotheken endgültig beseitigen. Bei einem grossen Teil dieser Hypotheken ist eine Aufwertung überhaupt noch nicht beantragt worden. Bei einem anderen Teil ist die Aufwertung noch nicht einmal bis zur Eintragung gediehen. Das Bereinigungsgesetz will nunmehr entweder zur Eintragung zwingen oder die Löschung der Papiermarkhypotheken herbeiführen. Mit der Löschung soll nicht generell der Verlust des Rechts verbunden sein, sondern nur der Verlust der Rangstelle. Das Gesetz setzt ferner Termine fest, in denen alle auf Mark oder eine andere nicht mehr geltende inländische Währung lautenden Hypothekenbriefe ausser Kraft gesetzt werden. Die Kraftloserklärung zum 31. Dezember 1931 ist eine allgemeine. Bei Hypotheken, die eingetragen, aber wegen Fristversäumnis zu löschen sind, tritt die Kraftloserklärung schon mit dem 31. März 1931 ein. Anstelle des kraftlos erklärten Briefes ist dem Berechtigten auf Antrag ein neuer Brief zu erteilen, der die Angabe enthalten muss, dass er anstelle des kraftlos erklärten Briefes tritt. Der Eigentümer hat ferner die Befugnis, an der ihm vorbehaltenen Rangstelle eine Hypothek oder Grundschuld eintragen zu lassen. Soweit 100 Goldmark nicht erreicht werden, ist die Befugnis mit dem Inkrafttreten des Gesetzes erloschen. Nach dem 31. März 1931 erfolgt die Löschung im Grundbuch von Amtswegen.

Der Zinsfuss für die verlängerte Aufwertungshypothek beträgt $7\frac{1}{2}\%$. Auch die deutschen Hypothekenbanken haben beschlossen, ihre Aufwertungshypotheken allgemein bis zum 1. Januar 1935 zu dem neuen gesetzlichen Zinssatz von $7\frac{1}{2}\%$ zu verlängern. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Stellungnahme auf Gläubiger- und Schuldnerkreise beruhigend wirken; denn die Banken bekunden ja mit ihrer Stellungnahme, dass die Abwicklung der Hypothekenaufwertung nur in gewissen Zeitabständen erfolgen kann und darf. Sehr wahrscheinlich werden auch die anderen privaten Gläubiger und besonders die Versicherungsanstalten diesen Standpunkt teilen, da die Verzinsung von $7\frac{1}{2}\%$ immerhin ausreichend ist.

Es sei noch bemerkt, dass auch Verwalter fremder Vermögen (Vormund, Nachlasspfleger, Testamentsvollstrecker, überhaupt alle mit Vormundschaft und Pflegschaft betrauten Personen) Anlass haben, die Aufwertungstermine wahrzunehmen, weil sie unter Umständen ersatzpflichtig gemacht werden können, falls sie die notwendige Sorgfalt vermissen liessen. Auch Erben tun gut, verstaubte Nachlasspapiere einmal gründlich durchzusehen.

SPD. Nach der Aufwertungsgesetzgebung kommen folgende Aufwertungstermine in Frage:

31. Dezember 1931: 1.) gesetzlich zulässiger Fälligkeitstermin für Aufwertungsforderungen, 2.) allgemeine Fälligkeit von Aufwertungsforderungen bis 100 Goldmark, 3.) Wiederherstellung des öffentlichen Glaubens des Grundbuchs, 4.) allgemeines Kraftloswerden von alten Briefen.

1. Januar 1932: beginnt die neue Verzinsung für Aufwertungsforderungen.

31. Dezember 1934: 1.) Endtermin für gesetzliche Beschränkungen der Fälligkeit von Aufwertungsforderungen, 2.) Endtermin für Zahlungsfristen, die die

fwertungsstelle bewilligt hat, 3.) Endtermin für Einstellung von Zahlungs=
rsteigerungen infolge der Zwangswirtschaft.

1. Januar 1938: Endtermin für gesetzliche Erhöhung bei Tilgungshypothe=
m.

Kündigungsfristen: Ein Monat für den Gläubiger nach Verzug des Schuldners,
er mit der Zinszahlung im Rückstand ist. Drei Monate für den Eigentümer und
persönlichen Schuldner von Aufwertungsschulden zum Vierteljahresschluss. Ein
Jahr für den Gläubiger von Aufwertungsforderungen zum Vierteljahresschluss.

SPD. Der Brotpreis ist in den vom Preussischen Statistischen Landesamt
erfassten preussischen Städten während des Monats März gestiegen. Die Steige=
rung ist nicht bedeutend, aber sie ist typisch. Sie zeigt, dass die Preissenkung,
auf die sich immer noch die Unternehmer bei ihren Lohnabbaubestrebungen be=
rufen, abgestoppt ist.

Der tiefste Stand des Brotpreises im Durchschnitt der Preussischen Städ=
te wurde im Monat Februar 1931 erreicht und zwar für Roggenbrot mit 31,1
Pfennigen pro Kilogramm und für Roggenraubrot mit 37,7 Pfennigen. Der Preis
ist, immer pro Kilogramm, im Monat März für Roggenbrot auf 31,2 gestiegen
und für Roggenraubrot auf 37,8 Pfennige. Es ist der Bruchteil eines Pfen=
nigs, der in Zukunft bezahlt werden muss. Aber niemand weiss, ob aus dem Pfenig=
bruchteil morgen nicht schon Pfennige werden; denn was die amtliche Getreide=
politik bis jetzt für die Behauptung der billigeren Brotpreise getan hat, muss
man als ungenügend bezeichnen. Vor allem tut die Einfuhr von Weizen zu ermäs=
sigten Zollsätzen not. Das geht aus der Bewegung der Preise für Weizenkleinge=
bäck und Weizenmehl hervor. Das Weizankleingebäck ist pro Kilogramm allerdings
von Februar 1931 bis März 1931 nur von 79,5 auf 79,6 Pfennige gestiegen. Der
Weizenmehlpreis hat sich aber von 54,1 auf 55 Pfennige erhöht. Hier sehen sich
die Preissteigerungen, die wir in den letzten Wochen an den Getreidebörsen er=
lebt haben, schon wesentlich anders an. Auch der Roggenmehlpreis ist im Klein=
verkauf, d. h. für 1 kg von 36,1 auf 37 Pfennige gestiegen.

Ganz seltsam mutet die Uneinheitlichkeit der Preisentwicklung an. So
gibt es Städte, die ihren Brot=
bezw. Mehlpreis steigerten, während andere Städ=
te ihn heruntersetzten konnten.

Braunsberg in Ostpreussen erhöht z. B. seinen Roggenbrotpreis von 30 auf
31 Pfennige und seine Roggenraubrotpreise von 32 auf 33 Pfennige. Tilsit und
Allenstein, also benachbarte Städte derselben Provinz, haben die alten Brot=
preise beibehalten. Zu den Städten, die den Roggenbrotpreis erhöhten, gehört
auch Stettin (Roggenbrotpreis von 34 auf 35 Pfennige und Roggenraubrotpreis
von 37 auf 38 Pfennige). Erfurt erhöhte ebenfalls um 1 Pfennig, während die
nicht weit abliegenden Städte Magdeburg und Halle keine Preiserhöhung vor=
nahmen. Erfurt hat auch seinen Roggenmehlpreis um 3 Pfennig pro Kilogramm ge=
steigert, während Halle nur eine Steigerung um 2 Pfennige und Magdeburg sogar
nur eine Steigerung um 1 Pfennig vornahm. Ebenso bunt liegen die Dinge in West=
deutschland. Hier ist es die Stadt Hagen in Westfalen, die den Roggenbrotpreis
von 36 auf 37 Pfennige erhöht zeigt. Duisburg - Hamborn weist sogar eine Ver=
teuerung des Roggenbrotpreises von 30 auf 32 Pfennige nach. Dagegen hat Essen
seinen Roggenbrotpreis von 33 auf 32 Pfennige erniedrigt und auch in Köln, das
ja als teure Brotstadt verschrien ist, ist eine Ermässigung von 34 auf 33 Pfen=
nige eingetreten. Man könnte die Beispiele für die uneinheitliche Brotpreis=
entwicklung noch vermehren. Sie werfen die Frage auf, weshalb z. B. in Duisburg
eine empfindliche Brotpreiserhöhung erfolgt ist, während für Essen und Köln, die
dem gleichen Wirtschaftsgebiet angehören, eine Brotpreiserhöhung festzustel=
len ist.

Ebenso rätselhaft ist die Bewegung der Butterkleinhandelspreise. Im Mo=
nat März ist der Preis für Molkereibutter (inländische mittlere Sorte) pro

schäftsstelle des zuständigen Gerichts. Die Beschwerdeschrift muss von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Einer solchen Unterzeichnung bedarf es nicht, wenn die Beschwerde von einer Behörde oder von einem Notar eingelegt wird, der in der Angelegenheit für den Beschwerdeführer einen Antrag bei der Beschwerde-stelle eingereicht hat. Aus der rechtskräftigen Entscheidung der Aufwertungs-stelle über die Kosten, sowie aus einem vor der Aufwertungsstelle abgeschlosse-nen Vergleich findet die Zwangsvollstreckung nach den Vorschriften der Zivil=prozessordnung Anwendung. Die rechtskräftige Entscheidung steht mit dem in ei-nem bürgerlichen Rechtsstreit ergangenen rechtskräftigen Urteil gleich. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller; die Aufwertungsstelle kann sie jedoch ganz oder teilweise dem Gläubiger aus Billigkeitsgründen auferlegen.

Die Grundbuchbereinigung will in erster Linie die Papiermarkhypotheken endgültig beseitigen. Bei einem grossen Teil dieser Hypotheken ist eine Auf=wertung überhaupt noch nicht beantragt worden. Bei einem anderen Teil ist die Aufwertung noch nicht einmal bis zur Eintragung gediehen. Das Bereinigungsge=gesetz will nunmehr entweder zur Eintragung zwingen oder die Löschung der Pa=piermarkhypotheken herbeiführen. Mit der Löschung soll nicht generell der Ver=lust des Rechts verbunden sein, sondern nur der Verlust der Rangstelle. Das Ge=gesetz setzt ferner Termine fest, in denen alle auf Mark oder eine andere nicht mehr geltende inländische Währung lautenden Hypothekenbriefe ausser Kraft ge=setzt werden. Die Kraftloserklärung zum 31. Dezember 1931 ist eine allgemeine. Bei Hypotheken, die eingetragen, aber wegen Fristversäumnis zu löschen sind, tritt die Kraftloserklärung schon mit dem 31. März 1931 ein. Anstelle des kraftlos erklärten Briefes ist dem Berechtigten auf Antrag ein neuer Brief zu erteilen, der die Angabe enthalten muss, dass er anstelle des kraftlos erklär=ten Briefes tritt. Der Eigentümer hat ferner die Befugnis, an der ihm vorbe=haltenen Rangstelle eine Hypothek oder Grundschuld eintragen zu lassen. Soweit 100 Goldmark nicht erreicht werden, ist die Befugnis mit dem Inkrafttreten des Gesetzes erloschen. Nach dem 31. März 1931 erfolgt die Löschung im Grundbuch von Amtswegen.

Der Zinsfuss für die verlängerte Aufwertungshypothek beträgt $7\frac{1}{2}\%$. Auch die deutschen Hypothekenbanken haben beschlossen, ihre Aufwertungshypotheken allgemein bis zum 1. Januar 1935 zu dem neuen gesetzlichen Zinssatz von $7\frac{1}{2}\%$ zu verlängern. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Stellungnahme auf Gläubiger= und Schuldnerkreise beruhigend wirken; denn die Banken bekunden ja mit ihrer Stellungnahme, dass die Abwicklung der Hypothekenaufwertung nur in gewissen Zeitabständen erfolgen kann und darf. Sehr wahrscheinlich werden auch die anderen privaten Gläubiger und besonders die Versicherungsanstalten diesen Standpunkt teilen, da die Verzinsung von $7\frac{1}{2}\%$ immerhin ausreichend ist.

Es sei noch bemerkt, dass auch Verwalter fremder Vermögen (Vormund, Nach=lasspfleger, Testamentsvollstrecker, überhaupt alle mit Vormundschaft und Pfleg=schaft betrauten Personen) Anlass haben, die Aufwertungstermine wahrzunehmen, weil sie unter Umständen ersatzpflichtig gemacht werden können, falls sie die notwendige Sorgfalt vermissen liessen. Auch Erben tun gut, verstaubte Nachlass=papiere einmal gründlich durchzusehen.

SPD. Nach der Aufwertungsgesetzgebung kommen folgende Aufwertungster=mine in Frage:

31. Dezember 1931: 1.) gesetzlich zulässiger Fälligkeitstermin für Auf=wertungsforderungen, 2.) allgemeine Fälligkeit von Aufwertungsforderungen bis 100 Goldmark, 3.) Wiederherstellung des öffentlichen Glaubens des Grundbuchs, 4.) allgemeines Kraftloswerden von alten Briefen.

1. Januar 1932: beginnt die neue Verzinsung für Aufwertungsforderungen.

31. Dezember 1934: 1.) Endtermin für gesetzliche Beschränkungen der Fäl=ligkeit von Aufwertungsforderungen, 2.) Endtermin für Zahlungsfristen, die die

Aufwertungsstelle bewilligt hat, 3.) Endtermin für Einstellung von Zahlungsversteigerungen infolge der Zwangswirtschaft.

1. Januar 1938: Endtermin für gesetzliche Erhöhung bei Tilgungshypotheken.

Kündigungsfristen: Ein Monat für den Gläubiger nach Verzug des Schuldners, der mit der Zinszahlung im Rückstand ist. Drei Monate für den Eigentümer und persönlichen Schuldner von Aufwertungsschulden zum Vierteljahresschluss. Ein Jahr für den Gläubiger von Aufwertungsforderungen zum Vierteljahresschluss.

SPD. Der Brotpreis ist in den vom Preussischen Statistischen Landesamt erfassten preussischen Städten während des Monats März gestiegen. Die Steigerung ist nicht bedeutend, aber sie ist typisch. Sie zeigt, dass die Preissenkung, auf die sich immer noch die Unternehmer bei ihren Lohnabbaubestrebungen be-rufen, abgestoppt ist.

Der tiefste Stand des Brotpreises im Durchschnitt der Preussischen Städte wurde im Monat Februar 1931 erreicht und zwar für Roggenbrot mit 31,1 Pfennigen pro Kilogramm und für Roggenraubrot mit 37,7 Pfennigen. Der Preis ist, immer pro Kilogramm, im Monat März für Roggenbrot auf 31,2 gestiegen und für Roggenraubrot auf 37,8 Pfennige. Es ist der Bruchteil eines Pfennigs, der in Zukunft bezahlt werden muss. Aber niemand weiss, ob aus dem Pfennigbruchteil morgen nicht schon Pfennige werden; denn was die amtliche Getreidepolitik bis jetzt für die Behauptung der billigeren Brotpreise getan hat, muss man als ungenügend bezeichnen. Vor allem tut die Einfuhr von Weizen zu ermäßigten Zollsätzen not. Das geht aus der Bewegung der Preise für Weizenkleingebäck und Weizenmehl hervor. Das Weizenkleingebäck ist pro Kilogramm allerdings von Februar 1931 bis März 1931 nur von 79,5 auf 79,6 Pfennige gestiegen. Der Weizenmehlpreis hat sich aber von 54,1 auf 55 Pfennige erhöht. Hier sehen sich die Preissteigerungen, die wir in den letzten Wochen an den Getreidebörsen erlebt haben, schon wesentlich anders an. Auch der Roggenmehlpreis ist im Kleinverkauf, d.h. für 1 kg von 36,1 auf 37 Pfennige gestiegen.

Ganz seltsam mutet die Uneinheitlichkeit der Preisentwicklung an. So gibt es Städte, die ihren Brot- bzw. Mehlpreis steigerten, während andere Städte ihn heruntersetzten konnten.

Braunsberg in Ostpreussen erhöht z.B. seinen Roggenbrotpreis von 30 auf 31 Pfennige und seine Roggenraubrotpreise von 32 auf 33 Pfennige. Tilsit und Allenstein, also benachbarte Städte derselben Provinz, haben die alten Brotpreise beibehalten. Zu den Städten, die den Roggenbrotpreis erhöhten, gehört auch Stettin (Roggenbrotpreis von 34 auf 35 Pfennige und Roggenraubrotpreis von 37 auf 38 Pfennige). Erfurt erhöhte ebenfalls um 1 Pfennig, während die nicht weit abliegenden Städte Magdeburg und Halle keine Preiserhöhung vornahmen. Erfurt hat auch seinen Roggenmehlpreis um 3 Pfennig pro Kilogramm gesteigert, während Halle nur eine Steigerung um 2 Pfennige und Magdeburg sogar nur eine Steigerung um 1 Pfennig vornahm. Ebenso bunt liegen die Dinge in Westdeutschland. Hier ist es die Stadt Hagen in Westfalen, die den Roggenbrotpreis von 36 auf 37 Pfennige erhöht zeigt. Duisburg - Hamborn weist sogar eine Verteuerung des Roggenbrotpreises von 30 auf 32 Pfennige nach. Dagegen hat Essen seinen Roggenbrotpreis von 33 auf 32 Pfennige erniedrigt und auch in Köln, das ja als teure Brotstadt verschrien ist, ist eine Ermässigung von 34 auf 33 Pfennige eingetreten. Man könnte die Beispiele für die uneinheitliche Brotpreisentwicklung noch vermehren. Sie werfen die Frage auf, weshalb z.B. in Duisburg eine empfindliche Brotpreiserhöhung erfolgt ist, während für Essen und Köln, die dem gleichen Wirtschaftsgebiet angehören, eine Brotpreiseremässigung festzustellen ist.

Ebenso rätselhaft ist die Bewegung der Butterkleinhandelspreise. Im Monat März ist der Preis für Molkereibutter (inländische mittlere Sorte) pro

Kilogramm von 351,7 auf 351,6 Pfennige zurückgegangen: der Preis für Landbutter (inländische mittlerer Sorte) hat sich mit 303,4 Pfennigen überhaupt nicht verändert. Dabei brachte der Monat März eine starke Senkung der Buttergrosshandelspreise. Der Grosshandelspreis für 100 Pfund der hier in Frage kommenden Sorte senke sich um etwa 11 bis 12 Mark. Von dieser starken Preissenkung merkt man aber bei den Kleinhandelspreisen so gut wie nichts.

Trotzdem werden die Löhne im Zeichen der Preissenkung weiter abgebaut!

SPD. Der Deutsche Landwirtschaftsrat veröffentlicht seine Erhebung über die Erntevorräte für Mitte März, die mit zwingender Notwendigkeit ergeben, dass das Reichsernährungsministerium endlich an die Zollermässigung für Weizen geht, damit die Versorgung in Deutschland sichergestellt und eine Katastrophe vermieden wird.

Nach der Erhebung betragen die Vorräte an Winterweizen, die besonders für die Versorgung in Frage kommt, für Mitte März nur 8,6% gegenüber 19,2% im Vorjahr. Auch die weniger wichtigen Sommerweizenvorräte sind gegenüber dem Vorjahr niedriger ausgewiesen (17,8% gegenüber 24,8%). Die Vorräte an Winterroggen machen 11,5% (Vorjahr 15,9%) aus. Wenn die Verminderung im gleichen Tempo anhält, werden die deutschen Roggenmärkte bis zu Beginn der neuen Ernte aufgezehrt sein. Die Haferbestände werden mit 9,7% gegenüber 14,9% Mitte März ausgewiesen. Die starke Ermässigung dürfte wohl mit der gegenwärtigen Haferhaushausse an den Getreidebörsen im Zusammenhang stehen. Auch die Kartoffelvorräte haben sich stark verringert. (Mitte März 1931 = 8,8%, Mitte März 1930 = 10,1%).

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat noch eine Erhebung über die Verfütterung vorgenommen. Bis zum 15. März 1931 sind danach 16,5% der Winterroggen-ernte verfüttert worden gegenüber 12,8% im Vorjahr. Die Verfütterungsmenge von Kartoffeln beträgt für 1931 = 27,2% (1930 = 24%). Es sind also im Jahre 1931 wesentlich grössere Mengen an Roggen und Kartoffeln verfüttert worden als im Vorjahr.

SPD. Ueber die am Dienstag abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den deutschen Industriellen und der russischen Regierung über Industriellieferungen nach Russland teilt der Reichsverband der Deutschen Industrie mit, "dass in allen Punkten eine Einigung erzielt wurde und damit die Grundlage für die von der Sowjetregierung zu erteilenden Bestellungen geschaffen worden ist."

Die Bestellungen sollen rund 300 Millionen Mark ausmachen, wodurch sich die Lieferungen der deutschen Industrie an Russland für das Jahr 1931 etwa auf 700 Millionen Mark erhöhen werden. Die russischen Aufträge hängen mit der Durchführung des Fünfjahresplans zusammen. Die russische Regierung will ihr Prestige wahren und die angekündigte Produktionssteigerung unter allen Umständen erzielen. Um das zu können, wird man in der Rationalisierung einen schärferen Kurs steuern. Man wird nach Muster der kapitalistischen Länder die Mechanisierung und die Arbeitsmaschine in den Dienst der Leistungssteigerung stellen. So werden die Russen Aufträge für Baumaschinen (Mechanisierung des Baumarktes) aufgeben. Weiter kommen Aufträge für Eisenbahnneubauten und Bestellungen an die elektrotechnische Industrie in Frage. Es handelt sich vielfach um die Montierung von Maschinenparks ganzer Fabriken, was wiederum zur Folge hat, dass die deutschen Fabriken auch die Montierungsarbeiten übernehmen.

Die russischen Bestellungen müssen bis zum 1. Juli erfolgt sein. Von deutscher Seite wurde eine Verlängerung der Zahlungsfristen zugestanden.

Die deutsche Regierung wird für die zusätzlichen Lieferungen Bürgschaft

übernehmen. Das kann die Regierung im Rahmen des zur Verfügung stehenden allgemeinen Fonds. Eine Erweiterung des Fonds, von der man eine Zeit lang sprach, erübrigt sich. Die Stellung der deutschen Regierung gegenüber den Russenaufträgen lässt sich im übrigen dahin festlegen, dass Russland nicht anders behandelt wird wie andere Länder, die von Deutschland Waren beziehen.

SPD. Seitdem der Reichstag in die Ferien gegangen ist, vergeht kein Tag, an dem die Reichsregierung nicht aufgefordert wird, von der ihr erteilten Ermächtigung, die agrarischen Zölle zu erhöhen, Gebrauch zu machen. Auch die Landvolkpartei hat eine Abordnung entsandt, der von dem Staatssekretär Pünder versichert wurde, dass sich das Reichskabinett mit der Erhöhung einiger agrarischer Zölle noch im April beschäftigen werde.

Das Landvolk, das man wohl in diesem Falle mit dem Reichsernährungsminister Schiele gleichstellen kann, fordert eine Erhöhung des Schweinezolls von 27 auf 50 Mark, ferner die Aufhebung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz und eine Erhöhung der Zölle für Hülsenfrüchte. Wieder soll also einmal die Zollschraube ein Stück weiter angezogen werden.

Die städtischen Verbraucher interessiert vor allem, ob die Zollheraufsetzungen eine Erhöhung der Kleinhandelspreise zur Folge haben werden. Die Erhöhung der Zölle für Schweine wird keine grosse Wirkung auf die Schweinefleischpreise haben, vielmehr ist damit zu rechnen, dass im Laufe des Jahres die Schweinepreise noch weiter sinken werden. Die letzte Zählung der Schweinebestände lässt fürs erste noch keine Abnahme der Auftriebe an Schweinen auf den Märkten vermuten. Eine Erhöhung der Schweinepreise wird auch aus diesem Grunde nicht zu erwarten sein, weil die Schweinepreise in erster Linie vom Inlandsangebot und nicht von der Einfuhr abhängig sind. Aehnlich verhält es sich mit der durch Beseitigung der Zwischenzölle angestrebten Erhöhung der Zölle auf Speck und Schmalz, wenn auch hier eine gewisse Verteuerung kommen wird, da der Anteil der Einfuhr an dem Gesamtverbrauch grösser ist als der Anteil des Schweinefleisches. Dagegen muss sich eine Erhöhung der Zölle auf Hülsenfrüchte unbedingt in einer Preissteigerung auswirken; die Preisbildung für Bohnen und Linsen hängt nämlich von den Preisen für die eingeführte Ware ab. Für Erbsen kann eine Zollerhöhung keine grosse Bedeutung haben; die Erbseneinfuhr ist infolge des schon bestehenden sehr hohen Zolls von 15 Mark ausserordentlich gering. Für Bohnen und hauptsächlich für Linsen haben aber die schon seit Monaten immer wieder geäusserten Forderungen der Landwirtschaft nach höherem Zoll bereits eine beträchtliche Preissteigerung hervorgerufen. Da Zufuhren aus dem Auslande zur Zeit kaum noch stattfinden, werden also die Zollerhöhungen nicht etwa die für die Landwirtschaft unliebsame Einfuhr verhindern, sondern es werden nur die Preise hinaufgetrieben werden. Die Landwirtschaft selbst hat aber gar kein Interesse mehr daran, da sie bereits den allergrössten Teil ihrer Vorräte verkauft haben dürfte. Man will anscheinend in Durchführung des Schieleschen Reichsbestellungsplans, der einen Ersatz der verminderten Roggenanbaufläche durch vermehrten Anbau von Hülsenfrüchten vorsieht, den Landwirten einen Anreiz geben, mehr Bohnen und Linsen anzubauen. Der Linsenanbau ist z.B. bei uns ständig zurückgegangen, weil in Deutschland Linsen längst nicht mehr so billig produziert werden können wie in anderen Ländern. Eine Verstärkung des Anbaus ist nur möglich, wenn die Preise bedeutend erhöht werden.

Eine Preiserhöhung bedeutet aber jetzt eine sehr empfindliche Belastung des Arbeiterhaushaltes. Gerade in der letzten Zeit wurden in den Industriegegenden, wo die Zahl der Arbeitslosen am grössten ist, viel Linsen gekauft, denn es gibt keine andere Hülsenfrucht, die bei gleichem Nährwert so billig zu haben ist. Es wäre daher von der Reichsregierung unverantwortlich und unsozial, wenn sie dem unvernünftigen Drängen der Agrarier nach einer Erhöhung der Hülsenfruchtzölle nachgeben wollte.

Haferhausse.

(Berliner Getreidebörse vom 14. April.)

SPD. Die Grundbestimmung an der Berliner Produktenbörse blieb am Dienstag weiter fest. Namentlich zeigte sich für das knappe Angebot an promptem Roggen gute Kauflust, sodass um etwa 1 Mark höhere Preise glatt erzielt werden konnten. Auch am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Roggennotierungen um $\frac{1}{2}$ bis 1 Mark höher bei allerdings ziemlich kleinem Geschäft. Weizen war etwas weniger begehrt, jedoch konnte auch hier das nicht allzu grosse Angebot glatte Aufnahme zu unveränderten Preisen finden. Am Markte der Zeitgeschäfte war lediglich der Mai etwas fester. Am Mehlmarkt zeigte sich gebesserte Kauflust für Roggenmehl, das auch vielfach etwas höhere Preise erzielte. Für Weizenmehl war das Kaufinteresse weniger gross. Eine ausgesprochene Hausse konnte sich für Hafer durchsetzen, der sowohl am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Handel mit prompter Ware bemerkenswerte Preissteigerungen erzielte. Dabei war das Angebot recht knapp und die Kauflust ausserordentlich rege.

	<u>13. April</u>	<u>14. April</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	289 - 291	290 - 292
Roggen	190 - 192	191 - 193
Braugerste	236 - 247	236 - 247
Futter- und Industrierogerste	218 - 235	218 - 235
Hafer	173 - 177	176 - 180
Weizenmehl	34,75 - 40,50	34,75 - 40,50
Roggenmehl	27,00 - 29,50	27,50 - 29,50
Weizenkleie	13,00 - 13,25	13,00 - 13,25
Roggenkleie	13,25 - 13,50	13,25 - 13,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai $304\frac{3}{4}$ -305 (Vortag: 304), Juli 300 Geld (300), September $254\frac{1}{2}$ ($254\frac{1}{2}$). Roggen Mai $204\frac{1}{2}$ -205- $204\frac{3}{4}$ ($203\frac{3}{4}$), Juli 201 plus Brief ($200\frac{1}{2}$), September $189\frac{1}{4}$ plus Brief ($189\frac{1}{2}$), Hafer Mai 190-193 (187). Juli $198\frac{1}{2}$ - $200\frac{1}{2}$ (198), September 181 plus Brief ($179\frac{1}{2}$).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	R \frac{H}	0,65 - 0,80
" " Weizenstroh	R \frac{H}	0,60 - 0,75
" " Haferstroh	R \frac{H}	0,65 - 0,80
" " Gerstenstroh	R \frac{H}	0,60 - 0,75
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	R \frac{H}	0,90 - 1,10
Bindfadengepresstes Roggenstroh	R \frac{H}	0,75 - 0,85
" " Weizenstroh	R \frac{H}	0,60 - 0,70
Häcksel	R \frac{H}	1,45 - 1,65
Tendenz leicht befestigt		
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	R \frac{H}	1,40 - 1,60
Gutes Heu, gesund und trocken	R \frac{H}	2,00 - 2,40
Luzerne, lose	R \frac{H}	2,80 - 3,05
Thymothee, lose	R \frac{H}	3,05 - 3,40
Kleeheu, lose	R \frac{H}	2,75 - 3,25
Mielitz=Heu, lose, rein (Warthe)	R \frac{H}	1,65 - 1,90
" " " (Havel)	R \frac{H}	1,30 - 1,55
Drahtgepresstes Heu	R \frac{H}	0,30 über Notiz.

Tendenz etwas fester.

Berliner Viehmarkt.

(14. April)

SPD. Bei besserem Geschäft als das letzte Mal zogen die Preise auf dem Schweinemarkt in fast sämtlichen Klassen um 1 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht an. Gesucht waren schwere Tiere. Am Hammelmarkt gingen die Preise scharf herunter, was wohl in erster Linie auf das stärkere Angebot zurückzuführen sein dürfte. Der Kälbermarkt konnte im allgemeinen die Preise halten. Nur die Preise für geringere Tiere gaben nach. Der Rindermarkt zeigte nachgebende Preise.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 32 - 39 (voriger Markt 34 - 41), b) 28 - 31 (30 - 33), c) (23 - 27 (24 - 28), d) 18 - 22 (20-23), Kälber: a) - (-), b) 72-80 (72-80), c) 60-75 (60-75), d) 38 - 52 (40 - 56), Schweine: a) (über 300 Pfund) 44 - 46 (43-45), b) (240-300 Pfund) 44-46 (44-46), c) (200-240 Pfund) 44-46 (43-45), d) (160-200 Pfund) 42-45 (42-44), e) (120-160 Pfund) 40-42 (39-41), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 40 - 41 (40-41).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 14. April: I. 128 Mark, II. 120 Mark, III. 106 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig. (Preise unverändert).

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 - 1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 6. bis 11. April 1931 auf 94,7 gegenüber 92,8 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 91,6 (89,1), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 84,0 (82,3) und Gruppe Handel und Verkehr auf 116,1 (114,5).

SPD. Auf dem Kölner Messgelände findet in der Zeit vom 25. Juni bis zum 5. Juli eine Ausstellung über Grubensicherheit statt. Veranlassung dazu gaben die grossen Grubenunglücke in der letzten Zeit im Aachener und im Saargebiet. Beim Aufbau der Ausstellung ist man von dem Gedanken ausgegangen, den belehrenden Teil derselben später als Wanderausstellung in anderen Städten zu zeigen. Im Rahmen der Ausstellung sollen vor allem die modernsten Massnahmen zur Bekämpfung von Bergwerksunglücken veranschaulicht werden.